



Liebe Teilnehmende des Salzburger Jugendlandtages 2025!

Auf den folgenden 49 Seiten finden Sie die Stellungnahmen zu Ihren sechs Beschlüssen. Diejenigen Mitglieder der Landesregierung mit Landeshauptfrau Mag. Karoline Edtstadler an der Spitze, in deren Verantwortung Ihre Beschlüsse thematisch fallen, haben sich inhaltlich damit auseinandergesetzt. Im Ressortbereich von Landeshauptfrau-Stellvertreterin Marlene Svazek BA hat auch der Landesjugendbeirat Stellung genommen.

Sie finden zu Beginn noch einmal den jeweiligen Beschlusstext mit dem Abstimmungsverhältnis, dann folgen die Stellungnahmen der einzelnen Regierungsmitglieder nach deren Zuständigkeitsbereichen. Mir war es wichtig, dass die einzelnen politischen Verantwortlichkeiten bei jedem Antrag über die Zuständigkeitsgrenzen hinweg sichtbar werden. So wird auch erkennbar, dass die meisten heutigen Fragestellungen fast immer mehrere Sachgebiete betreffen. Lösungen gehen nur gemeinsam.

Zunächst soll Ihnen ein Überblick darüber gegeben werden, was mit Ihren Beschlüssen passiert ist und was es in den Themenbereichen schon gibt.

Teilweise werden Verbesserungsmöglichkeiten angeführt, um in einigen Bereichen etwas Neues im Sinne Ihrer Forderungen zu entwickeln. Der Petitionsausschuss des Landtags wird Ihre Beschlüsse am 22.04.2026 ab 14:00 Uhr beraten. Nach Möglichkeit können die Beratungen vor Ort im Chiemseehof oder über den Livestream unter [http://sbgltg.kavedo.com/share.php?d=22\\_04\\_2026](http://sbgltg.kavedo.com/share.php?d=22_04_2026) mitverfolgt werden. Die Gruppensprecher\*innen unter Ihnen sind eingeladen, Ihre Anträge noch einmal persönlich im Landtag zu präsentieren.

Wenn Sie Fragen oder Ideen zum weiteren Ablauf oder zu den nachfolgenden Stellungnahmen haben, melden Sie sich bitte einfach bei mir. Ich freue mich immer, von Ihnen zu hören, und hoffe, Sie spätestens beim Petitionsausschuss im Saal oder online begrüßen zu können.

Herzlichst  
Ihre



Finanziert von der  
Europäischen Union

## ANTRAG 1: Gleichberechtigung aller Geschlechter

### Ressortzuständigkeit:

Landeshauptfrau Mag. Karoline Edtstadler, Antragspunkte 3. und 5

Landeshauptfrau-Stellvertreterin Marlene Svazek, Antragspunkt 4

Landeshauptfrau-Stellvertreter Mag. Stefan Schnöll, Antragspunkte 2. und 4.

Landesrätin Mag. Daniela Gutsch, alle 5 Antragspunkte

Anna Loidolt, Flora Altenberger betreffend

### Sicherheit für Frauen und Mädchen beim Nachhausekommen

Das Land Salzburg ist eines der wenigen Bundesländer österreichweit, das noch kein Heimwegtelefon hat. In Niederösterreich gibt es eine aktive Telefonleitung, die für Mädchen und Frauen zwischen Anbruch der Dunkelheit und fünf Uhr morgens zugänglich ist. Das Heimwegtelefon bietet telefonische Begleitung für Mädchen und Frauen, die sich in der Dunkelheit auf dem Nachhauseweg unsicher fühlen. Die Telefonstelle soll ein Sicherheitsgefühl geben und im schlimmsten Fall den Notruf betätigen. Salzburgweit haben 80 Prozent der Frauen in einer SN-Umfrage (2021) bekanntgegeben, dass sie sich tagsüber, aber vor allem nachts, unsicher und unwohl fühlen, was die Dringlichkeit des Antragsthemas noch einmal unterstreicht. Zudem wurde im Jahr 2023 in einem Bericht von Salzburg24 bereits von einer telefonischen Wegbegleitung geredet, in Kraft getreten ist diese allerdings bisher nicht! Im Allgemeinen ist das sichere Heimkommen von Frauen und Mädchen nicht unbedingt gewährleistet, was nicht nur ein Sicherheitsproblem, sondern auch ein gesellschaftliches darstellt. Daher wollen wir zusätzlich zu einem Heimwegtelefon die Option eines Frauentaxis beantragen.

Die generelle Idee dabei: von Frauen, für Frauen! Taxis sollen vor allem abends den sicheren Heimweg von Frauen gewährleisten. Das Gefühl von Sicherheit ist ein Grundrecht, welches das Heimwegtelefon und Frauentaxis gewährleisten sollen. Bestehende Taxi-Systeme sollten die Option eines Taxis für Frauen ermöglichen und aktiv umsetzen.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichnenden Antragstellerinnen den Antrag, der Salzburger Jugendlandtag wollen beschließen:

1. Ein Heimwegtelefon für Frauen und Mädchen im Bundesland Salzburg einzurichten, welches die Anruferin telefonisch nach Hause begleitet und im Ernstfall den Notruf betätigt. Dabei kann sich das Land Salzburg das Bundesland Niederösterreich als Vorbild nehmen und auf bereits gesammelte Erfahrungen aufbauen.
2. Die Option von Frauentaxis in bereits bestehenden Taxisystemen anzubieten, welche ausschließlich von Frauen gefahren werden.
3. Das Bewerben dieser Angebote in öffentlichen Plätzen, wie zum Beispiel auf den Frauentoiletten von Clubs, Restaurants u. dgl., sowie die Verbreitung auf Online - Plattformen und das Ansprechen in Schulen.
4. Erhöhte Frauentaxianzahl bei Veranstaltungen und möglicherweise eine Förderung oder Pflicht zur Verfügung an Frauentaxis und Heimwegtelefonen
5. Ausweitung der Bewerbung auf Männer, mit Fokus auf Erkennung und Reaktion bei sexueller Belästigung etc. Also: Wie erkenne ich? Was mache ich, wenn.

einstimmig angenommen

## **Stellungnahme Landeshauptfrau Mag. Karoline Edtstadler**

Antragspunkt 3: Das Bewerben dieser Angebote in öffentlichen Plätzen, wie zum Beispiel auf den Frauentoiletten von Clubs, Restaurants u. dgl., sowie die Verbreitung auf Online - Plattformen und das Ansprechen in Schulen.

Antragspunkt 5: Ausweitung der Bewerbung auf Männer, mit Fokus auf Erkennung und Reaktion bei sexueller Belästigung etc. Also: Wie erkenne ich? Was mache ich, wenn. Das Landesmedienzentrum ist jederzeit in der Lage, vom Land Salzburg eingerichtete Hotlines öffentlich auf allen Kanälen des Landes zu bewerben und redaktionell zu unterstützen bzw. die Hotline einer breiten Bevölkerungsschicht bekannter zu machen. Auch das Erstellen von Infomaterial obliegt dem LMZ, sofern ein Auftrag aus dem Ressort vorliegt. In diesem Zusammenhang wird aber darauf hingewiesen, dass es mit dem Frauennotruf Salzburg bereits eine etablierte Nummer und Beratungsinstitution gibt, die alle geforderten Themenbereiche abdeckt und bereits in der Vergangenheit Kampagnen professionell lanciert sowie Infomaterial verteilt hat.

## Stellungnahme Landeshauptfrau-Stellvertreterin Marlene Svazek BA

### Forderung 4:

Erhöhte Frauentaxianzahl bei Veranstaltungen und möglicherweise eine Förderung oder Pflicht zur Verfügung an Frauentaxis und Heimwegtelefonen.

Rückmeldungen aus verschiedenen Beteiligungsformaten - wie dem Salzburger Jugendlandtag, Gesprächsrunden mit Jugendlichen und Fachpersonen der außerschulischen Jugendarbeit (z. B. Regionaltreffen der offenen Jugendarbeit) - sowie Ergebnisse aus dem vergangenen Jugendreport zeigen, dass sich insbesondere junge Frauen und Mädchen im öffentlichen Raum und im Umfeld von Veranstaltungen teilweise unsicher fühlen. Der Heimweg macht dabei einen erheblichen Teil der Ängste und Sorgen aus. Maßnahmen für eine sichere Heimfahrt, besonders auch im ländlichen Raum, werden von Jugendlichen daher regelmäßig als wichtig genannt und als Beitrag zur Steigerung der persönlichen Sicherheit angesehen. Aus dem Jugendressort werden spezielle „Nachtbusangebote“ am Wochenende im Lungau und im nördlichen Flachgau gefördert (Nightline Lungau, Nachtexpress Lokalbahn).

## **Stellungnahme Landeshauptfrau-Stellvertreter Mag. Stefan Schnöll**

Antragspunkt 2 und 4

Die im Antrag formulierten Maßnahmen sind ein wichtiger Beitrag zur Erhöhung des Sicherheitsgefühls und der tatsächlichen Sicherheit von Frauen, insbesondere in den Abend- und Nachtstunden sowie im Rahmen von Veranstaltungen. Aus diesem Grund wird das Land Salzburg die Wirtschaftskammer Salzburg ersuchen, die Möglichkeiten einer Umsetzung, zu prüfen.

## **Stellungnahme Landesrätin Mag.<sup>a</sup> Daniela Gutschi (Beschlusstext kursiv)**

*1. Ein Heimwegtelefon für Frauen und Mädchen im Bundesland Salzburg einzurichten, welches die Anruferin telefonisch nach Hause begleitet und im Ernstfall den Notruf betätigt. Dabei kann sich das Land Salzburg das Bundesland Niederösterreich als Vorbild nehmen und auf bereits gesammelte Erfahrungen aufbauen.*

Die Idee eines Heimwegtelefons unterstütze ich grundsätzlich. Eine eigene Salzburger Nummer wäre allerdings nicht effizient. Ich halte eine österreichweit einheitliche Lösung für sinnvoller, zumal gemäß einer EU-Richtlinie bis Juni 2027 ohnehin eine nationale Nummer eingeführt werden muss, die das beabsichtigte Angebot umfassen kann. Wir werden uns hierfür beim Bund einsetzen, dieses Angebot österreichweit umzusetzen.

*2. Die Option von Frauentaxis in bereits bestehenden Taxisystemen anzubieten, welche ausschließlich von Frauen gefahren werden.*

Wir werden im Rahmen unseres Maßnahmenplans Gewaltschutz zur Verbesserung der Sicherheit von Frauen das Gespräch mit Taxiunternehmen suchen. Die Möglichkeit eines Frauentaxi-Angebots wird dabei ausdrücklich besprochen werden.

*3. Das Bewerben dieser Angebote in öffentlichen Plätzen, wie zum Beispiel auf den Frauentoiletten von Clubs, Restaurants u. dgl., sowie die Verbreitung auf Online - Plattformen und das Ansprechen in Schulen.*

Die Sichtbarmachung von Gewaltschutzangeboten in Lokalen, an öffentlichen Plätzen und in Verkehrsmitteln ist bereits Teil bestehender Kampagnen und wird auch in Zukunft aktiv umgesetzt werden.

*4. Erhöhte Frauentaxianzahl bei Veranstaltungen und möglicherweise eine Förderung oder Pflicht zur Verfügung an Frauentaxis und Heimwegtelefonen*

Auch dieses Anliegen, werden wir im Zuge der Umsetzung des Maßnahmenplans Gewaltschutz thematisieren.

*5. Ausweitung der Bewerbung auf Männer, mit Fokus auf Erkennung und Reaktion bei sexueller Belästigung etc. Also: Wie erkenne ich? Was mache ich, wenn.*

Männer zum Thema geschlechtsspezifischer Gewalt zu sensibilisieren, zählt ebenfalls zu unseren präventiven Vorhaben und wird auch bereits im Rahmen der Gewaltschutzkampagne durch die aktive Einbindung männlicher Testimonials verstärkt zum Thema gemacht. Wir werden dieses Anliegen im Zuge unserer Maßnahmen und Angebote weiter vorantreiben.

## ANTRAG 3: Inklusive Gesellschaften

### Ressortzuständigkeit:

Landtagspräsidentin Dr.in Brigitta Pallauf, Antragspunkte 2. und 4.

Landeshauptfrau-Stellvertreterin Marlene Svazek, BA, Antragspunkt 2.

Landesrätin Mag. Daniela Gutsch, Antragspunkte 1. und 3.

Landesrat Maximilian Aigner, Antragspunkte 1. und 3.

Clara Breinlinger, Maria Schneider, Franz Foßl, Clemens Dürauer,  
Catharina Hartl, Theresa Hofer, Hanna Daxer, Azra Evli betreffend

### Inkludierung der Jugend in politische Prozesse

Die Jugend wird in unserer Gesellschaft zu wenig gehört. Dabei sind wir die Zukunft und müssen endlich mehr in politische Prozesse inkludiert werden. Wir wissen am besten, was wir benötigen und sollten dementsprechend auch den Raum dafür bekommen, uns einzubringen. Als zusätzlichen Raum für politische Teilhabe soll hier unter anderem die Direktwahl der Landesschüler/innenvertretung eingeführt werden, bei der alle Schülerinnen und Schüler ihre eigene überschulische Vertretung wählen können. Außerdem sollen Jugendliche und junge Erwachsene zusätzlich Angebote wahrnehmen können, sich politisch weiterzubilden, um sich im Endeffekt bestmöglich in politische Prozesse einbringen zu können.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichnenden Antragstellerinnen und Antragsteller den Antrag, der Salzburger Jugendlandtag wolle beschließen:

1. Die Salzburger Landesregierung wird beauftragt, Workshops zu politischer Bildung an Schulen in der 8. Schulstufe durchzuführen.
2. Der Salzburger Landtag wird beauftragt, jährlich Jugendparlamente in jedem Bezirk zu veranstalten. Diese sollen mit Budget der Landesregierung zur Umsetzung von Projekten ausgestattet werden.
3. Die Salzburger Landesregierung wird beauftragt, eine Direktwahl der Landesschüler/innenvertretung, bei der alle Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II, ausgenommen der Zentrallehranstalten, wahlberechtigt sind, umzusetzen.
4. Der Salzburger Landtag wird beauftragt, nach Beispiel des bereits bestehenden Jugendlandtags auch einen Jugendlandtag für 20 bis 25-Jährige zu veranstalten.

einstimmig angenommen

## Stellungnahme Landeshauptfrau-Stellvertreterin Marlene Svazek BA

### Forderung 2:

Der Salzburger Landtag wird beauftragt, jährlich Jugendparlamente in jedem Bezirk zu veranstalten. Diese sollen mit Budget der Landesregierung zur Umsetzung von Projekten ausgestattet werden. Die politische Partizipation von Kindern und Jugendlichen ist in Salzburg u.a. über das Jugendgesetz rechtlich verankert und wird in Form unterschiedlichster Projekte umgesetzt. Die österreichweite ARGE Partizipation und Jugendbeteiligung hat im Frühjahr 2025 überdies die Qualitätskriterien für gute Kinder- und Jugendbeteiligung aktualisiert und neu veröffentlicht. Diese geben wichtige Anhaltspunkte für gelingende Jugendbeteiligung. Die konkrete Umsetzung ist für jeden Beteiligungsprozess individuell anzupassen, auszuformulieren und zu gestalten.

Die im Beschluss geforderten jährlichen Jugendparlamente in jedem Bezirk sind aktuell nicht Teil von Jugendbeteiligungsprogrammen. Vielmehr fokussiert das Land Salzburg auf Angebote auf Gemeindeebene (Jugendumfragen, Jugendparlamente ...) bzw. auf Landesebene (Jugendlandtag, Jugendreport ...), da sich dort im Sinne des Staatsaufbaus auch entsprechende demokratische Vertretungskörper bzw. Partizipationsmöglichkeiten finden.

Aktuelle Beteiligungsformate, die (unter anderem) von Akzente Salzburg unterstützt werden, umfassen z. B. Partizipationsprojekte, Beteiligungsworkshops, Jugenddialogformate sowie strukturierte Mitwirkungsangebote in verschiedenen Gemeinden und Regionen. Im Jahr 2024 wurden infolge des Jugendreportes 2023 zudem regionale Dialogformate mit ortsansässigen Bürgermeister\*innen und Gemeindevertreter\*innen durchgeführt, um Angebote und Möglichkeiten der Jugendförderung/-partizipation noch bekannter zu machen.

Die bisherigen Erfahrungen zeigen: Jugendliche beteiligen sich besonders dann, wenn Themen konkret, verständlich und mit realen Mitgestaltungsmöglichkeiten verbunden sind. Politische Beschlüsse stärken diese institutionalisierten Formen der Jugendbeteiligung zusätzlich und belegen den starken Wunsch junger Menschen, in politische Prozesse einbezogen zu sein. Derzeit bestehende Beteiligungsformate von Akzente Salzburg, die sich an Jugendliche im ganzen Bundesland richten, sind der Salzburger Jugendlandtag, der Salzburger Redewettbewerb, der Salzburger Jugendreport und das Demokratietelier des Salzburger Landtags.

In den Salzburger Bezirken und Gemeinden gibt es unterschiedliche Angebote rund um das Thema Jugendbeteiligung, oftmals in Kooperation mit der Fachstelle Regionale und Kommunale Jugendarbeit von Akzente Salzburg.

- Digitale Jugendumfragen: Zuletzt angeboten in den Gemeinden Wals-Siezenheim, Puch, Koppl, Henndorf, Bad Hofgastein, Nußdorf, Wald im Pinzgau, Eben im Pongau, Faistenau, Golling, Weißbach bei Lofer, Großarl und Mattsee.
- Aktuelle Planungen: In Puch sind Jugendbeteiligungsaktivitäten in Vorbereitung. In Koppl finden erste Absprachen dazu statt.

Weitere Aktivitäten, die in den Jahren 2024 und 2025 durchgeführt wurden und in der Umsetzung bis ins Jahr 2026 reichen:

- Regelmäßige Jugendstammtische: Golling, Mattsee, Niedernsill
- Projektwerkstätten zum Thema Jugendbeteiligung: Großarl, Wald im Pinzgau
- Wals-Siezenheim (in Planung): Runder Tisch mit Jugendlichen sowie Qualitätsdialog zum Thema „Junges Leben in der Gemeinde Wals-Siezenheim“.

## **Stellungnahme Landesrätin Mag.<sup>a</sup> Daniela Gutschi (Beschlusstext kursiv)**

*1. Die Salzburger Landesregierung wird beauftragt, Workshops zu politischer Bildung an Schulen in der 8. Schulstufe durchzuführen.*

Der Landesregierung ist es ein großes Anliegen, politische Bildung aktiv in den Schulen und den Unterricht zu integrieren. Grundsätzlich obliegt es den einzelnen Lehrkräften, im Rahmen ihrer eigenständigen und eigenverantwortlichen Gestaltung des Unterrichts, außerschulische Personen, wie beispielsweise Expertinnen und Experten, in den Unterricht einzubinden. Dafür stellt § 17 des Schulunterrichtsgesetzes den rechtlichen Rahmen, dass die Erfüllung der Unterrichts- und Erziehungsarbeit an den Schulen gesetzlich den Lehrkräften in eigenständiger und verantwortlicher Konkretisierung übertragen ist.

*3. Die Salzburger Landesregierung wird beauftragt, eine Direktwahl der Landesschüler/innenvertretung, bei der alle Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II, ausgenommen der Zentrallehranstalten, wahlberechtigt sind, umzusetzen.*

Die Schaffung der Möglichkeit zur Direktwahl der Landesschüler/innenvertretung durch alle Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II müsste beim Bundesministerium für Bildung, beziehungsweise in weiterer Folge beim Nationalrat durch beispielsweise die Bundesschüler/innenvertretung im Sinne des § 2 Abs. 2 Schülerversammlungsgesetzes angeregt werden. Leider liegt es nicht in der Kompetenz der Salzburger Landesregierung eine derartige Direktwahlregelung zu beschließen. Auch der Beschluss eines zusätzlichen Ausführungsgesetzes zum Schülerversammlungsgesetz ist ebenso nicht von der Kompetenz der Landesregierung um-fasst.

## **Stellungnahme Landesrat Maximilian Aigner**

Zu Punkt 3: Das Anliegen wird positiv gesehen und begrüßt.

## ANTRAG 6: Psychische Gesundheit und Wohlbefinden

### Ressortzuständigkeit:

Landeshauptfrau-Stellvertreterin Marlene Svazek, BA, Antragspunkts 2.  
Landesrätin Mag. Daniela Gutschi alle Antragspunkte

Paul Röblhuber, Jonas Hecht, Thomas Rummerstorfer,  
Elisabeth Quehenberger, Simon Panzer, Lena Öppinger betreffend

### Verantwortlichen Umgang mit Social Media fördern

Themen wie Internetsucht, überforderte Erziehungsberechtigte und „Doomscrolling“ werden in unserer, sich immer weiter digitalisierenden Gesellschaft zu einem gravierenden Problem. Soziale Medien drängen Jugendliche in „Bubbles“ und werden mit stark zunehmender Häufigkeit als Radikalisierungsinstrument verwendet. Aufgrund fehlender Aufklärung und noch nicht vollständig ausgereiften Reflexionsvermögens ist die Jugend praktisch schutzlos den psychologischen Fallen des Algorithmus ausgesetzt. Auch die erste Instanz, die Sorgeberechtigten, werden oft nicht nahe genug an die Risiken des Medienkonsums ihrer Kinder herangeführt.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichnenden Antragstellerinnen und Antragsteller den Antrag, der Salzburger Jugendlandtag wolle beschließen:

1. Verpflichtende, kostenfreie Workshops in allen Schulen von der 5. bis 13. Schulstufe inkl. Berufsschulen, bezüglich verantwortungsvoller Nutzung und des Hinterfragens des Konsumverhaltens, als auch der Aufklärung über das System des Algorithmus bei der Nutzung sozialer Medien.
2. Optionale Fortbildungen für Erziehungsberechtigte bezüglich des Umgangs und der richtigen Heranführung von Social Media an ihre Kinder.
3. Unterstützung & Angebot von Projekten wie „Handyfasten“ (Gymnasium Hallein)
4. Inklusion von Aufklärung über Künstliche Intelligenz /zB. AI-Slap, Deep Fakes,...) auf Social Media Plattformen.

einstimmig angenommen

## Stellungnahme Landeshauptfrau-Stellvertreterin Marlene Svazek BA

### Forderung 2:

Optionale Fortbildungen für Erziehungsberechtigte bezüglich des Umgangs und der richtigen Heranführung von Social Media an ihre Kinder.

Im Fachbereich Jugendinformation und Suchtprävention verfügt Akzente Salzburg über ein breites Angebot und große Erfahrung mit Fortbildungen für Erziehungsberechtigte. Zu den Angeboten gehören unter anderem der Online-Eltern-Talk „Süchtig nach Smartphone, Tablet & Co.“, zum dem mehrmals im Jahr eingeladen wird und der sich mit den Auswirkungen des Smartphones auf die Entwicklung von Kindern auseinandersetzt. Der Elternvortrag beinhaltet Anregungen für Eltern, wie sie ihre Kinder gut bei der digitalen Mediennutzung begleiten können.

Der Vortrag „KI und Kinderschutz“ wird im ganzen Bundesland kostenlos als Elternabend angeboten (in Präsenz oder online) und zusätzlich halbjährlich als Onlineveranstaltung durchgeführt. Im Vortrag wird herausgearbeitet, welche Chancen und Risiken von Künstlicher Intelligenz ausgehen, und es werden Tools an die Hand gegeben, die eine gesunde und kritische Nutzung von KI fördern können.

Der Vortrag „Ist das schon Mediensucht? Wie man Kinder und Jugendliche im Umgang mit Smartphone & Co. begleitet“ kann online oder in Präsenz durchgeführt werden. Im Vortrag wird darauf eingegangen, ab wann man von einer Mediensucht spricht, welche Auswirkungen soziale Medien, Games oder Apps auf Jugendliche haben, und es werden Tipps gegeben, wie man als Elternteil sein Kind gut begleiten kann.

Auf der Website von Akzente Salzburg sind eine Übersicht der Medienbildungsangebote im Bundesland Salzburg sowie Handlungsanregungen für den Umgang mit digitalen Medien in der Familie zu finden. Die Angebote richten sich an Erziehungsberechtigte von Kindern unterschiedlicher Altersklassen und mit verschiedenen Interessen und Themen.

## **Stellungnahme Landesrätin Mag.a Daniela Gutschi (Beschlusstext kursiv)**

*1. Verpflichtende, kostenfreie Workshops in allen Schulen von der 5. bis 13. Schulstufe inkl. Berufsschulen, bezüglich verantwortungsvoller Nutzung und des Hinterfragens des Konsumverhaltens, als auch der Aufklärung über das System des Algorithmus bei der Nutzung sozialer Medien.*

Wie zu Antrag 3.1 bereits ausgeführt, wird die Erfüllung der Unterrichts- und Erziehungsarbeit an den Schulen gesetzlich den Lehrkräften in eigenständiger und verantwortlicher Konkretisierung übertragen, wie durch § 17 SchUG festgelegt. Die vorgeschlagenen Workshops müssen in erster Linie von externen Anbietern angeboten werden und dann an die Schulen kommuniziert werden. Es steht den Lehrpersonen im Rahmen ihrer eigenständigen und eigenverantwortlichen Gestaltung des Unterrichts frei, außerschulische Personen, wie beispielsweise Veranstalter von einschlägigen Workshops in den Unterricht einzubinden. Das Land Salzburg unterstützt hier bereits eine Vielzahl an Workshopangeboten (beispielsweise die Naturschule Pinzgau oder die Projekte „Jedes Kind stärken“ oder „Jugend stärken“ von IFTE). Es ist in meinem Sinne, dass auch weitere Projektideen nach inhaltlicher und budgetärer Prüfung seitens des Landes finanziert bzw. unterstützt werden.

*2. Optionale Fortbildungen für Erziehungsberechtigte bezüglich des Umgangs und der richtigen Heranführung von Social Media an ihre Kinder.*

Die Forderung nach Fortbildungen für Erziehungsberechtigte, trifft einen wichtigen Punkt, da die Medienkompetenz von Kindern bereits im Elternhaus beginnt. Der Salzburger Landtag hat hierzu bereits einen Beschluss gefasst, in dem vereinbart wurde, die Bildungsangebote für Erwachsene zum verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Medien auszubauen und Beratungsstellen für Familien stärker mit Bildungseinrichtungen zu vernetzen. Umgesetzt wird das vor allem über das Salzburger Bildungswerk, das bereits in rund 90 Gemeinden Veranstaltungen zu Themen wie Fake News, Hass im Netz und dem Schutz persönlicher Daten anbietet. Dieser Bereich wird gezielt weiter ausgebaut.

*3. Unterstützung & Angebot von Projekten wie „Handyfasten“ (Gymnasium Hallein)*

Seitens des BMB wird die Aktion Handyexperiment.at - 21 Tage ohne Smartphone vom 04. bis 24.03.2026 in ganz Österreich durchgeführt und unterstützt. Die Aktion wurde von uns über die Bildungsdirektion an alle Schulen in Salzburg kommuniziert. Die Entscheidung zur Teilnahme liegt in der Autonomie der Schule.

*4. Inklusion von Aufklärung über Künstliche Intelligenz (zB. AI-Slap, Deep Fakes, ...) auf Social Media Plattformen.*

Die sichere Nutzung von Kindern und Jugendlichen diverser Social-Media Plattformen ist der Landesregierung ein ernstes Anliegen. Das Land Salzburg und die Bildungsdirektion sind in kontinuierlichem Austausch, um Informationsmaterial zu sicherer Mediennutzung und Aufklärung über Themen betreffend Künstliche Intelligenz voranzutreiben und den Lehrkräften von beispielsweise Informatikunterricht oder digitaler Grundbildung zur Verfügung zu stellen.

## ANTRAG 8: Die EU mit der Jugend zusammenbringen

Ressortzuständigkeit:

Landeshauptfrau Mag. Karoline Edtstadler, Antragspunkt 1

Landesrätin Mag. Daniela Gutsch, alle Antragspunkte

Landesrat Maximilian Aigner, alle Antragspunkte

Noah Floredo, Clemens Hager betreffend

### **Bildungs- und Förderprogramme innerhalb der Schule**

In Schulen wird das Thema EU bislang kaum behandelt und viele Lehrkräfte trauen sich nicht, es im Unterricht anzusprechen. Oft fehlt ihnen das notwendige Fachwissen oder sie fühlen sich mit dem Thema überfordert. Dadurch wird der Schwerpunkt der EU-Bildung vernachlässigt oder gar nicht vermittelt. Derzeit sind bestehende EU-Workshops und Bildungsangebote nur schwer auffindbar oder wenig bekannt. In Zukunft sollten diese Angebote übersichtlich auf einer zentralen Plattform gebündelt werden, um Lehrkräften die Möglichkeit zu geben, unkompliziert und unbürokratisch einen passenden Workshop zu finden und zu buchen.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichnenden Antragsteller den Antrag, der Salzburger Jugendlandtag wolle beschließen:

1. Eine einfach bedienbare Plattform soll entworfen werden, auf welcher EU-Expertinnen und -Experten aufgelistet sind, die zu verschiedene Themen der EU für Vorträge in den Schulen gebucht werden können.
2. In Fortbildungen und Konferenzen für Lehrkräfte soll sowohl auf die Wichtigkeit des Themas als auch auf die Workshopmöglichkeiten hingewiesen werden.
3. Das Land Salzburg soll darauf hinwirken, dass - sollte im Zuge der Projektwoche (letzte Schulwoche) kein vergleichbarer Workshop geplant sein - eine Brüsselwoche als Teil der Salzburg-Wien-Woche, wenn möglich von der EU gefördert, durchgeführt wird.

Mit 55 gegen 3 Stimmen angenommen

## Stellungnahme Landeshauptfrau Mag. Karoline Edtstadler (Antragstext in kursiv)

Antragspunkt 1: *Eine einfach bedienbare Plattform soll entworfen werden, auf welcher EU-Expertinnen und -Experten aufgelistet sind, die zu verschiedene Themen der EU für Vorträge in den Schulen gebucht werden können.*

Auf Landesebene kann auf die Expertise des Landes-Europabüros Salzburg / EU-Verbindungsbüros Brüssel (Referat 0/13) und der Stabstelle Europe Direct sowie des EU-Bürgerservices zurückgegriffen werden. Diese sind auf der Website des Landes angeführt. Eine bundesweite Liste von Europa-Kontaktstellen findet sich auf der Website des Bundeskanzleramts. Im Weiteren ist festzustellen, dass vor allem der Europapolitische Vorhabensbericht des Landes (EU-Strategie des Landes) interessantes Unterrichtsmaterial für EU-Module an den Schulen bieten kann. Der aktuelle Bericht führt eine umfangreiche Liste von Ansprechstellen zu EU-Expertise an und steht auf der Website des Landes zum Download zur Verfügung.

Als Expertin für die Diskussion über die EU-Strategie des Landes Salzburg und über die Abläufe in Brüssel steht in jedem Fall seitens des Landes-Europabüros Salzburg / EU-Verbindungsbüros Brüssel (Referat 0/13) Referatsleiterin Hofrätin Mag.a Petz-Michez jederzeit und gerne Schülerinnen und Schülern wie auch Unterrichtenden an Salzburger Schulen mit Auskünften oder auch für Diskussionsveranstaltungen vor Ort zur Verfügung.

Kontakt: [europabuero@salzburg.gv.at](mailto:europabuero@salzburg.gv.at)

Das Land Salzburg ist seit jeher von einer transparenten, aktiven und bürgernahen Europapolitik überzeugt. Deshalb wurde bereits 2015 die Landesinitiative „Europa in Salzburgs Schulen“ ins Leben gerufen, um Jugendlichen praxisnahe Einblicke in die Arbeit der Europäischen Union und in aktuelle EU-Politiken zu ermöglichen. Die Auseinandersetzung der Schülerinnen und Schüler mit der EU und den vielfältigen Möglichkeiten für Jugendliche wird durch dieses Angebot von 2-stündigen kostenlosen EU-Vorträgen bzw. Workshops samt Diskussionen an Salzburgs Schulen quer durch das ganze Land durch die Leiterin des EU-Bürgerservice und Europe Direct Zentrums gefördert. Vermittelt und bekannt gemacht wird das Angebot in Form einer Aussendung über den Bildungsdirektor am Beginn jeden Schuljahres sowie direkt von der Europaexpertin selbst über ihr eigenes, breites, langjährig angelegtes und ausgedehntes Lehrer-Netzwerk. Zudem wird es auf den Homepages des Landes Salzburg und der Bildungsdirektion transportiert. Dieses EU-Schulangebot richtet sich überwiegend an AHS-Oberstufen, BHS, LBS, LFS, PTS, BAfEP sowie an Mittelschulen in den Abschlussklassen. Zudem veranstaltet das Land Salzburg eine Vielzahl von game-based-learning-Aktivitäten. Jährlich wird zum Beispiel ein EU-Online-Jugendwettbewerb zu einem aktuellen Thema an Salzburgs Schulen ausgelobt. Die Gewinnerklasse fährt mit großzügiger Unterstützung von Europe Direct Land Salzburg nach Brüssel oder Straßburg. Die Preisverleihung findet im Rahmen einer EU-Jugend-Großdiskussion mit hochrangigen EU-Persönlichkeiten statt, 2025 war es EU-Kommissar Brunner, davor die damalige Europaministerin. Des Weiteren bietet das Europäische Parlament in Österreich die Möglichkeit der Bewerbung von Schulen als EU-Botschafterschule, die dann einem EU-Schwerpunkt verpflichtet sind. Ebenso ist es einzelnen Lehrkräften möglich, ihr Europawissen über die Teilnahme am Netzwerk „Europa in der Schule“ der Europäischen Kommission und des Bildungsministeriums, angeboten über das Zentrum polis, zu vertiefen und EU-Praxiserfahrung zu sammeln.

Ergänzend zu Antragspunkt 3: *Das Land Salzburg soll darauf hinwirken, dass - sollte im Zuge der Projektwoche (letzte Schulwoche) kein vergleichbarer Workshop geplant sein - eine Brüsselwoche als Teil der Salzburg-Wien-Woche, wenn möglich von der EU gefördert, durchgeführt wird.*

Der Antrag der Schülerinnen und Schüler für eine bessere Einbindung der EU-Thematik als Projektwoche in den Schulbetrieb - insbes. durch eine Integration eines Brüsselbesuchs - wird vom Landes-Europabüro Salzburg / EU-Verbindungsbüro Brüssel vollumfänglich unterstützt.

Wir regen an, dass die Schulklassen - sinnvoll ist ein Mindestalter von 15 Jahren - insbesondere Salzburgs EU-Verbindungsbüro in Brüssel besuchen, damit deutlich wird, dass Entscheidungen in Brüssel nicht am Land Salzburg vorbei getroffen werden, sondern dass die rege Vernetzung unseres Landes mit Partner-Regionen in der ganzen EU und der enge Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern der EU-Institutionen durch das EU-Verbindungsbüro in Brüssel zielstrebig verfolgt werden: Das Land Salzburg bezieht auf EU-Ebene deutlich Stellung und wird gehört. Das Bundeskanzleramt bzw. Europaministerium verfügt über ein derartiges Angebot und finanziert Brüssel-Reisen mit Bezuschussungen von bis zu € 250 pro Schülerin und Schüler.

## **Stellungnahme Landesrätin Mag.a Daniela Gutschi (Beschlusstext kursiv)**

*1. Eine einfach bedienbare Plattform soll entworfen werden, auf welcher EU-Expertinnen und -Experten aufgelistet sind, die zu verschiedene Themen der EU für Vorträge in den Schulen gebucht werden können.*

Zu Europathemen und EU-Bildungsprogrammen werden Schulen diesbezüglich regelmäßig von der Bildungsdirektion auf ihre und die Programme des Landes Salzburg (Europaservice/Europe direct) hingewiesen. Genannte Angebote werden von den Schulen auch nachgefragt und gebucht. Die Bildungsdirektion stellt die einschlägigen Programme auch auf ihrer Homepage dar.

Die Bildungsdirektion für Salzburg ist zudem Konsortiumsinhaber bei Erasmus+. Für den Bereich der berufsbildenden Schulen und der Möglichkeit von Auslandspraktika darf auf die intensive Zusammenarbeit mit dem Kooperationspartner „ALE Arbeiten und Lernen in Europa“ mit Sitz in Salzburg verwiesen werden.

*2. In Fortbildungen und Konferenzen für Lehrkräfte soll sowohl auf die Wichtigkeit des Themas als auch auf die Workshopmöglichkeiten hingewiesen werden.*

Lehrkräfte im Land Salzburg werden regelmäßig zu Fortbildungsmöglichkeiten in Bezug auf Europa- und EU-Bildungsthemen aufmerksam gemacht. Zuletzt im Rahmen der SL-Dienstbesprechung „Infocall Erasmus+, Bildung und Lernen in und mit Europa am 23.01.2026.

*3. Das Land Salzburg soll darauf hinwirken, dass - sollte im Zuge der Projektwoche (letzte Schulwoche) kein vergleichbarer Workshop geplant sein - eine Brüsselwoche als Teil der Salzburg-Wien-Woche, wenn möglich von der EU gefördert, durchgeführt wird.*

Eine Klassenreise in Form einer, wie gewünschten „Brüssel-Woche“ ist grundsätzlich möglich. Dennoch entscheidet darüber das Klassenforum bzw. Schulforum oder der Schulgemeinschaftsausschuss gemäß SchUG § 63 a Abs. 2 Z 1 lit. a und § 64 Abs. 2 Z 1 lit. a SchUG. Diese Gremien bestimmen daher auch die Art der Schulveranstaltung (Festlegung von Inhalten und Rahmenbedingungen). Im Hinblick auf die Kosten, die mit mehrtägigen Veranstaltungen verbunden sind, ist vor allem die Mitentscheidung der Erziehungsberechtigten von Bedeutung.

## **Stellungnahme Landesrat Maximilian Aigner**

Die Landwirtschaft ist eng mit EU-Themen verwoben. Sei es im Bereich der gesetzlichen Rahmenbedingungen, welche mittlerweile zum Großteil aus Brüssel kommen, oder im Bereich der finanziellen Unterstützungen und Leistungsabgeltungen im Rahmen der EU-Agrarpolitik. Eine weitere Stärkung des Wissens um die EU kann daher nur begrüßt werden.

## ANTRAG 9: Nachhaltiges, grünes Europa

### Ressortzuständigkeit:

Landeshauptfrau Mag. Karoline Edtstadler, Antragspunkte 1., 2., 4. und 6.

Landeshauptfrau-Stellvertreterin Marlene Svazek, BA, Antragspunkte 1., 3., 5. und 6.

Landesrätin Mag. Daniela Gutschi, Antragspunkt 7

Landesrat Maximilian Aigner, hinsichtlich der Antragspunkte 1., 3. und 6.

Hannah Heinrich, Caprice C. Röhm, Marie-Christin Grünwald,  
Evelyn Doppler, Zsolt Varga, Augustin Prundeanu betreffend

### Landwirtschaft - Verkehr - Abfall

Derzeit wird Österreich und das Bundesland Salzburg intensiv mit Importgütern wie Lebens- und Nahrungsmittel versorgt. Gleichzeitig produziert die heimische Landwirtschaft hochwertige, nachhaltige und qualitätsvolle Lebensmittel. Durch die derzeitigen Importe mit Fern- und Schwerverkehr wird die Umwelt durch Emissionen stark belastet. Die Belieferung der Supermarktketten bewirkt ebenfalls einen Lebensmittelüberschuss, welcher auch eine große Menge an Verpackungsabfall verursacht. Die regionale landwirtschaftliche Produktion bewirkt regionales Bewusstsein und fördert heimische Qualitätsproduktion, Nachhaltigkeit, weniger Abfall, sowie kurze Wege und dadurch weniger Emissionen.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichnenden Antragsteller den Antrag, der Salzburger Jugendlandtag wolle beschließen:

Die Förderung der heimischen Landwirtschaft:

1. Durch die Unterstützung der Errichtung von Dorfläden, Hofläden und FoodCoops.
2. Durch die Ermöglichung von mehr regionalen Märkten und durch Senkung der Standplatzgebühren -hier ist eine Vereinbarung mit den jeweiligen Gemeinden nötig.
3. Durch Erstellung eines Förderkataloges, durch welche die Landwirtinnen und Landwirte Anreize bekommen, mehr Angebote im Bereich der Produktion von nachhaltigen, biologischen Lebensmitteln im regionalen Markt in den Umlauf zu bringen.
4. Auch sollen die Gemeinden angeregt werden, Anreize für die Konsumentinnen und Konsumenten zu schaffen, das nahe, regionale Produktangebot in Anspruch zu nehmen.
5. Die nahezu abgelaufenen Lebensmittel sollen verwertet werden bzw. sozialen Zwecken zugeführt werden, z.B. Initiativen wie „To Good To Go“ oder die „Tafel“.
6. Erstellung einer „Landkarte der Nachhaltigkeit“ auf der Webseite des Landes Salzburg. Die in dieser Karte eingetragenen Dorfläden, Hofläden und Märkte sollen nicht nur der heimischen Bevölkerung einen Überblick verschaffen, sondern auch Touristinnen und Touristen Anreiz bieten, regionale Plätze aufzusuchen.
7. Einführung von "Regionaltagen" an Schulen, an denen lokale Betriebe oder Landwirt\_innen ihre Arbeit vorstellen.

Mit 58 gegen 1 Stimme angenommen

## Stellungnahme Landeshauptfrau Mag. Karoline Edtstadler (Antragstext in kursiv)

Antragspunkt 1: *Durch die Unterstützung der Errichtung von Dorfläden, Hofläden und FoodCoops.*

Erfolgreiche Beispiele landwirtschaftlicher Direktvermarktung gibt es im Land Salzburg bereits viele. Bauernmärkte, Regionalmärkte und vor allem zahlreiche Hofläden unterstützen die lokale und regionale Versorgung von Einheimischen und touristischen Gästen. Dorfläden werden zu-nehmend innovativer. Die Unternehmensstrukturen sind dabei sehr unterschiedlich.

Das Genusswerk Maishofen etwa ist ein ehrenamtlicher Verein, der Räumlichkeiten des ehemaligen Gemeindeamtes nutzt, um regionale Direktvermarktung zu fördern. Es gibt aber auch privat-wirtschaftliche Initiativen wie das Dorfhäusl in Faistenau oder Fuschl, das lokale und regionale Produkte erfolgreich vermarktet. In diesem Zusammenhang öffnen sich bereits große Chancen für lokale Vermarkter durch die Technologien der Digitalisierung. Das Land Salzburg fördert die Errichtung von Hofläden und die bäuerliche Direktvermarktung primär durch Investitionszuschüsse. Das Lebensmittel-Nahversorgungsprogramm etwa fördert die Erhaltung/Stärkung der Konkurrenzfähigkeit sowie die Neugründung, Ansiedlung oder Übernahme von Lebensmittel-Nahversorgungsbetrieben. Dies geschieht über Investitionsförderungen, Betriebsmittelförderungen, eine Innovationsprämie oder einer Sonderförderung. Im Wachstumsprogramm für Kleinbetriebe sind projektbezogene Kosten wie etwa die Anschaffung von Betriebs- und Geschäftsausstattungen inkl. Maschinen und Ausrüstungen grundsätzlich förderfähig und stärken damit unmittelbar den Aufbau und die Professionalisierung kleinteiliger Direktvermarktungsstrukturen. Die Stadt Salzburg ermöglicht zusätzlich mit der Nahversorgerförderung die Sicherung und Verbesserung der lokalen Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Waren des täglichen Bedarfs durch Erhaltung/Stärkung der Konkurrenzfähigkeit von Lebensmittel-Nahversorgungsbetrieben sowie durch Neugründung, Ansiedlung oder Übernahme derartiger Betriebe. Gefördert werden Investitionen und Betriebsmittelkredite. Das Salzburger Regierungsübereinkommen hat einen starken Fokus auf die Stärkung regionaler Kreisläufe und die Förderung der Lebensmittelherkunftskennzeichnung.

Antragspunkt 2 *Durch die Ermöglichung von mehr regionalen Märkten und durch Senkung der Standplatzgebühren - hier ist eine Vereinbarung mit den jeweiligen Gemeinden nötig.*

Das Land Salzburg unterstützt den Agrarsektor seit jeher in konsequenter und verlässlicher Weise. Im Regierungsübereinkommen 2023-2028 wird dieses Bekenntnis ausdrücklich bekräftigt, indem Regionalität und Landwirtschaft als zentrale Lebensgrundlage für die Bevölkerung anerkannt werden. Darüber hinaus sieht das Übereinkommen eine Vielzahl gemeinsamer Vorhaben des Landes vor, die auf unterschiedlichen Ebenen ansetzen und die nachhaltige Entwicklung, Wettbewerbsfähigkeit sowie die regionale Versorgungssicherheit stärken sollen.

Es liegt im ureigenen Interesse von Gemeinden, regionale und lokale Vermarktung zu fördern, um regionale Wertschöpfungsketten und die Nahversorgung der Bürger zu unterstützen.

Standplatzgebühren sind lokal individuell gestaltet, deren Anpassung kann durchaus einer von vielen Anreizen sein. Ihre Gestaltung obliegt den Gemeinden. Für Marktbetreiber und kleine Betriebe, die auf Regionalmärkten aktiv werden, sind projektbezogene Investitionen in Ausstattung und Ausrüstung über das Wachstumsprogramm für Kleinbetriebe grundsätzlich förderfähig, was die Teilnahme und Professionalisierung am Markt erleichtert.

*Antragspunkt 4 Auch sollen die Gemeinden angeregt werden, Anreize für die Konsumentinnen und Konsumenten zu schaffen, das nahe, regionale Produktangebot in Anspruch zu nehmen.*

Auch in dieser Frage gibt das Salzburger Regierungsübereinkommen 2023-2028 eine klare Richtung vor. Regionale Kreisläufe sollen weiter gestärkt werden und das Land Salzburg geht als öffentliche Hand dabei mit gutem Beispiel voran.

Ein bedeutender Schritt in diese Richtung ist die Weiterentwicklung des SalzburgerLand Herkunftszertifikats und die Schaffung von Bewusstsein für regionale Produkte unter dem Motto „Salzburg schmeckt“. In diesem Zusammenhang soll auf die sehr engagierte Arbeit der Salzburger Agrar Marketing hingewiesen werden, die durch die Unterstützung des Landes Salzburg stattfindet. Nicht nur werden Salzburger Agrarprodukte sehr professionell und sympathisch beworben, es werden auch alle landwirtschaftlichen Direktvermarkter aufgelistet und damit das hervorragende Angebot im ganzen Land sichtbar gemacht. Dieses Angebot soll natürlich im ganzen Land weitergetragen und beworben werden. Hier spielen die Gemeinden eine zentrale Rolle.

Zur Stärkung der Nachfrage kann zusätzlich argumentiert werden, dass die investive Unterstützung der Angebotsseite durch das Wachstumsprogramm für Kleinbetriebe - etwa in Ausstattung und Ausrüstung - die Sichtbarkeit und Qualität regionaler Verkaufsstellen erhöht und so die Inanspruchnahme durch Konsumentinnen und Konsumenten mittelbar fördert.

*Antragspunkt 6 Erstellung einer "Landkarte der Nachhaltigkeit" auf der Webseite des Landes Salzburg. Die in dieser Karte eingetragenen Dorfläden, Hofläden und Märkte sollen nicht nur der heimischen Bevölkerung einen Überblick verschaffen, sondern auch Touristinnen und Touristen Anreiz bieten, regionale Plätze aufzusuchen.*

Eine umfassende Darstellung der Salzburger Direktvermarkter ist bereits auf <https://www.salzburgschmeckt.at> verfügbar:

<https://www.salzburgschmeckt.at/marktplatz/salzbürger-direktvermarkter>. Es gibt eine Suchfunktion nach Betriebsname, Bezirk, Postleitzahl und Vertriebswegen. Diese ist aktuell in deutscher Sprache und nicht mehr über eine Kartenansicht verfügbar. Jedoch kann nach Umkreis zielgenau gesucht werden. Die Direktvermarkter werden auf freiwilliger Basis gelistet. So finden sich Mitglieder von Bio Austria, Betriebe des Landesverein der Salzburger Direktvermarkter, die gelistet werden möchten und teilnehmende Betriebe vom SalzburgerLand Herkunftszertifikat. Die Bewerbung dieser Website ist erwünscht, alle Akteure im Land Salzburg sind eingeladen, die Verbreitung voranzutreiben.

## **Stellungnahme Landeshauptfrau-Stellvertreterin Marlene Svazek BA**

Die ursprünglich uns zugeordneten Antragspunkte 1, 3, 5 und 6 betreffen nach eingehenderer Betrachtung nicht unsere Ressortzuständigkeiten, sondern das Agrarressort bzw. im Falle von Punkt 5 das Sozialressort.

## Stellungnahme Landesrätin Mag.a Daniela Gutschi (Beschlusstext kursiv)

7. *Einführung von "Regionaltagen" an Schulen, an denen lokale Betriebe oder Landwirt\_innen ihre Arbeit vorstellen.*

Es wird auch hier auf die Reichweite des § 17 des Schulunterrichtsgesetzes, wie in den Antragspunkte 3.1 und 6.1 bereits angesprochen, hingewiesen. Die Erfüllung der Unterrichts- und Erziehungsarbeit an den Schulen ist gesetzlich den Lehrkräften in eigenständiger und verantwortlicher Konkretisierung übertragen. Den einzelnen Lehrkräften steht es im Rahmen ihrer eigenständigen und eigenverantwortlichen Gestaltung des Unterrichts frei, außerschulische Personen in den Unterricht einzubinden.

Externe Angebote wie z.B. die Seminarbäuerinnen(<https://www.salzburger-seminarbauerinnen.at>) werden von Schulen regelmäßig in Anspruch genommen. Seit dem Jahr 2000 ist ÖKOLOG als Programm und Netzwerk des Bildungsministeriums zur Umweltbildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung an Schulen und Pädagogischen Hochschulen etabliert. Es ist das größte Schulnetzwerk Österreichs, 29 Schulstandorte in Salzburg sind bereits zertifizierte Ökolog-Schulen.

Siehe: (<https://www.bildung-sbg.gv.at/schule-und-unterricht/paedagogische-themen/oekolog.html>)

In Bezug auf Veranstaltungen gilt auch hier, dass das Ziel, Inhalt und Dauer von Veranstaltungen bis zu einem Tag von der Schulleitung oder den von ihr bestimmten Lehrerinnen und Lehrern festzulegen ist. Auf das Recht des Klassen- oder Schulforums bzw. des Schulgemeinschaftsausschusses, (§ 63 a Abs. 2 Z 2 lit. c und § 64 Abs. 2 Z 2 lit. c des Schulunterrichtsgesetzes) sowie der Schülerinnen und Schüler (§§ 57 a und 58 des Schulunterrichtsgesetzes) ist Bedacht zu nehmen.

Die Einführung der gewünschten „Regionaltage“ wäre nur durch das BMB möglich. Das Land Salzburg unterstützt allerdings Initiativen wie beispielsweise „Schule am Bauernhof“ sowohl ideell als auch finanziell.

## Stellungnahme Landesrat Maximilian Aigner

Zu Punkt 1: Betriebe werden bei der Errichtung von Hofläden und Dorfläden vom Salzburger Agrar Marketing unterstützt und begleitet. Es gibt hier auch entsprechende EU-kofinanzierte Förderangebote. Weiters hilft das Salzburger Agrar Marketing den Betrieben bei der Vermarktung ihrer Produkte über den Einzelhandel.

Zu Punkt 3: Es gibt ein Förderangebot, um landwirtschaftliche Betriebe zu unterstützen, in die Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte einzusteigen. Entsprechende bestehende Beratungsleistungen erleichtern den Zugang zu diesen Förderungen und ermöglichen es auf die individuelle Situation einzugehen.

Zu Punkt 6: Auf der Homepage des Salzburger Agrar Marketings ([www.salzburgschmeckt.at](http://www.salzburgschmeckt.at)) gibt es eine gute Übersicht über die Anbieter von regionalen Lebensmitteln. Eine Visualisierung auf einer Landkarte wäre ein positiver Beitrag, um die Sichtbarkeit zu erhöhen. Eine Kosten-Nutzen-Rechnung wäre die Basis für weitere Überlegungen.

## Antrag 10: Nachhaltiges, grünes Europa

### Ressortzuständigkeit:

Landeshauptfrau Mag. Karoline Edtstadler, Antragspunkt 2.

Landeshauptfrau-Stellvertreter Mag. Stefan Schnöll, Antragspunkte 1., 2. und 3.

PR Landesrat Mag. (FH) Martin Zauner, MA, Antragspunkt 4.

Simon Lederer, Paul Maier, Tabea Möschl, Svajone Lambauer,  
Laura Fischbacher, Oskar Claassen betreffend

### Verkehr und Tourismus

Der Tourismus im Salzburger Land sorgt für ein stark erhöhtes Verkehrsaufkommen, vor allem in Tourismusregionen wie dem Pinzgau, Pongau und Salzburg Stadt. Dadurch kommt es vermehrt zu Überlastungen des Salzburger Verkehrsnetzes, Staus, Lärmbelästigung und Luftverschmutzung. Durch diese Belastungen wird die Lebensqualität der einheimischen Bevölkerung in den Hauptsaisonen stark beeinträchtigt. Aufgrund des mangelhaften und überlasteten öffentlichen Verkehrssystems sind sowohl Touristinnen und Touristen als auch Einheimische meist auf eigene PKWs angewiesen. Damit einher geht ein enormer Bedarf an Parkplätzen, was die Bodenversiegelung vorantreibt. Somit wird das Landschaftsbild beeinträchtigt oder gar zerstört.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichnenden Antragstellerinnen und Antragsteller den Antrag, der Salzburger Jugendlandtag wolle beschließen:

1. Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel im regionalen und überregionalen Bereich: Der öffentliche Verkehr soll insofern attraktiviert werden, als dass die Taktung gerade für junge Menschen und Touristinnen/Touristen lebensweltnäher gestaltet wird, d.h. Anpassung der Fahrzeiten (Busse in der Nacht) und der Routen (Erreichbarkeit ländlicher Gebiete). Des Weiteren soll es Bussen, auch auf Landstraßen, ermöglicht werden, den überlasteten Alltagsverkehr durch Busspuren zu umfahren.
2. Anregung der Gemeinden zur Errichtung autofreier Zonen in den Ortskernen: Dadurch soll die Lebensqualität in den betroffenen Gebieten gesteigert werden. Dies hat auch Einfluss auf die Attraktivität der Ortschaften im Hinblick auf den Tourismus.
3. Ausbau des Angebotes an Radwegen und des Radverleihs: Dies würde zu einer Entlastung des Verkehrs beitragen und eine umweltfreundlichere Fortbewegungsmöglichkeit bieten. Diese erwähnten Maßnahmen würden zu einer enormen Verringerung der Emissionen von Treibhausgasen führen und die Bodenversiegelung reduzieren. Somit wird das schöne Landschaftsbild unseres Bundeslandes bewahrt und die Lebensqualität aller erhöht.
4. Ein Gesetz oder eine Anforderung zum Ausgleich der Flächenversiegelung zu schaffen. Falls ein Ausgleich vor Ort nicht möglich ist, auch anderswo.

Mit 58 gegen 3 Stimmen angenommen

## **Stellungnahme Landeshauptfrau Mag. Karoline Edtstadler (Antragstext in kursiv)**

*Antragspunkt 2: Anregung der Gemeinden zur Errichtung autofreier Zonen in den Ortskernen:*

Dadurch soll die Lebensqualität in den betroffenen Gebieten gesteigert werden. Dies hat auch Einfluss auf die Attraktivität der Ortschaften im Hinblick auf den Tourismus. Autofreie beziehungsweise verkehrsberuhigte Bereiche steigern grundsätzlich die Aufenthaltsqualität, erhöhen die Verkehrssicherheit und stärken die lokale Wirtschaft. In ländlichen Gemeinden ist eine gänzlich autofreie Umsetzung aufgrund eingeschränkter ÖV-Anbindung und größerer Einzugsgebiete oft schwer realisierbar. Hier empfehlen sich flexible, ortsangepasste Lösungen wie Begegnungszonen, zeitlich begrenzte Lieferfenster und punktuelle Verkehrsbeschränkungen. Dabei können Gemeinden zusätzliche EU-finanzierte Förderprogramme - wie LEADER- in Anspruch nehmen, um Maßnahmen für klimafreundliche Mobilität im Ortskern umzusetzen. Zentrumsparkplätze sollen vermieden und konsequent an die Ränder der Ortskerne verlagert werden, ergänzt durch kurze, sichere Fußwege, klare Beschilderung und attraktive Alternativen (ÖV-Anbindung, Radabstellanlagen, Park-and-Ride).

## Stellungnahme Landeshauptfrau-Stellvertreter Mag. Stefan Schnöll

### Antragspunkt 1:

Das Land Salzburg baut das öffentliche Verkehrsnetz seit Jahren konsequent aus. Dabei sticht der angesprochene überregionale Bereich besonders heraus, bei dem nicht nur Taktverdichtungen u.a. auch am Wochenende, sondern auch an den Tagesrandzeiten besondere Beachtung finden. So wurden beispielsweise die Bestellkilometer des Regionalbusses seit dem Jahr 2018 auf insgesamt 21,11 Mio. Kilometer erhöht werden. Das entspricht einer Zunahme um 7,07 Mio. Kilometer, respektive 50,4%. Die Fahrgastzahlen des Regionalbusses wurden im selben Zeitraum auf insgesamt 21,11 Mio. erhöht, was einer Zunahme um 6,77 Millionen, respektive 53,5% entspricht. Ähnliche Steigerungen gibt es auch auf der Schiene - allein mit dem jüngsten Fahrplanwechsel im Dezember 2025 kamen 800.000 neue Zugkilometer im Bundesland hinzu.

Um gerade auch die Erreichbarkeit ländlicher Gebiete zu erhöhen, arbeitet die Landesregierung daran, den sog. Mikro-ÖV in Zusammenarbeit mit den Gemeinden flächendeckend im Bundesland auszurollen. Durch die flexible und bedarfsgerechte Ausgestaltung des Mikro-ÖV können ländliche Regionen komfortabel angebunden und die erste bzw. letzte Meile mittels öffentlichen Verkehrs abgedeckt werden.

Darüber hinaus können alle Nächtigungsgäste im Bundesland Salzburg seit 01. Mai 2025 sämtliche öffentlichen Verkehrsmittel im Bundesland nutzen, dazu gehören auch die o.a. angesprochenen Mikro-ÖV-Systeme. Dies wird durch den seither gesetzlich vorgeschriebenen Mobilitätsbeitrag, der zusätzlich zur allgemeinen Nächtigungsabgabe zu entrichten ist, finanziert. Die Nächtigungsgäste erhalten im Gegenzug das sog. „Guest Mobility Ticket“, welches während des gesamten Aufenthalts den Zugang zum ÖV gewährleistet, zudem sind die Einnahmen aus dem Beitrag für den öffentlichen Verkehr zweckgewidmet. Dadurch wird nicht nur der touristische Individualverkehr auf die öffentlichen Verkehrsmittel verlagert, sondern steigt durch die gewonnene Flexibilität zudem auch die Nutzung der Freizeitangebote in den Regionen. Bislang wurden bereits über 4 Millionen Tickets ausgestellt, wodurch Emissionen in einer Größenordnung von knapp 40.000 Tonnen CO<sub>2</sub>e sowie gut 160 Millionen Kfz-Kilometer vermieden wurden.

### Antragspunkt 2:

Wie im Antrag bereits formuliert, liegt die Entscheidung über die Errichtung autofreier Zonen in den Ortskernen im eigenen Wirkungsbereich der Gemeinden und liegt daher keine Zuständigkeit des Landes vor.

Unabhängig davon unterstützt das Land Salzburg aber selbstverständlich die Zielsetzung, die Attraktivität und Lebensqualität in den Ortszentren zu erhöhen. Wenn die Gemeinden sich dazu entschließen, dies durch verkehrsberuhigte Zonen zu ermöglichen, steht das Land den Gemeinden selbstverständlich jederzeit gerne mit fachlicher Expertise und Beratung unterstützend zur Seite. Ziel muss immer sein, eine für die jeweilige Gemeinde passende Lösung zu finden.

In diesem Zusammenhang unterstützt das Land Salzburg gemeinsam mit dem Salzburger Verkehrsverbund selbstverständlich auch bei der Planung und Umsetzung entsprechender Maßnahmen, die im Rahmen des Umweltverbunds begleitend dazu alternative Mobilitätsformen umgesetzt werden sollen. Dazu gehören neben der Umsetzung von ÖV-Linien auch Projekte, die auf Grundlage des Masterplans Gehen und der Radverkehrsstrategie den Fuß- und Radverkehr betreffen.

### Antragspunkt 3:

Im Jahr 2022 hat das Land Salzburg einen Ausbauplan für das gesamte Bundesland vorgelegt. Das Ziel ist, dass das Radnetz in Salzburg im Jahr 2035 mehr als 1 000 km umfasst.

Hier ein Überblick über die bestehenden Landesradrouten sowie jene Lückenschlüsse, die in den kommenden Jahren noch zu errichten sind:

- Flachgau: 303 Kilometer vorhanden (70 Kilometer Lückenschluss geplant)
- Pinzgau: 231 Kilometer (29 Kilometer geplant)
- Pongau: 130 Kilometer (24 Kilometer geplant)
- Stadt Salzburg: 65 Kilometer (7 Kilometer geplant)
- Tennengau: 68 Kilometer (13 Kilometer geplant)
- Lungau: 68 Kilometer (19 Kilometer geplant)

In Kooperation zwischen dem Land Salzburg, der Stadt und dem Salzburger Verkehrsverbund wird 2026 ein stationsbasiertes Leihradsystem eingeführt. In der ersten Ausbaustufe wird mit mehr als 600 Rädern an 63 Stationen in der Stadt Salzburg gestartet. In einer zweiten und dritten Ausbaustufe, werden dann auch die Umlandgemeinden erschlossen sowie die Implementierung in regionalen Zentren ermöglicht.

## **Stellungnahme Landesrat Mag. (FH) Martin Zauner, MA**

Die Raumordnungsreferentinnen und Raumordnungsreferenten haben die österreichische Bodenstrategie (Reduktion der weiteren Flächeninanspruchnahme und Bodenversiegelung bis 2030) am 29. Februar 2024 in Linz beschlossen.

Darin ist unter anderem als eine mögliche Maßnahme die Kompensation der Flächeninanspruchnahme festgehalten. Auch im Zuge der Umsetzung der EU-Richtlinie zur Wiederherstellung der Natur, Artikel 8 städtische Ökosysteme ist der Kompensationsflächenbedarf im Wiederherstellungsplan anzugeben.

Dies betrifft allerdings nur die städtischen Ökosysteme. Mitgliedsstaaten müssen sicherstellen, dass es keinen Verlust an städtischen Grünflächen und Baumkronenflächen gibt bzw. ab 2031 einen zunehmenden Trend bei der gesamten nationalen Fläche an städtischen Grünflächen und an städtischer Baumüberschirmung erzielen.

## **Zuteilung aufgrund der Geschäftsordnung der Landesregierung und der Geschäftseinteilung des Amtes der Landesregierung**

### ANTRAG 1: Gleichberechtigung aller Geschlechter

Anna Loidolt, Flora Altenberger betreffend

#### **Sicherheit für Frauen und Mädchen beim Nachhausekommen**

Referat 2/05 - Frauen und Diversität (Frauen- und Diversitätsangelegenheiten des Landes, soweit diese nicht von der Vollziehung des Salzburger Gleichbehandlungsgesetzes erfasst sind; Maßnahmen gegen Gewalt an Frauen und deren Kindern (Gewalt- und Opferschutz)), **PR Mag. Daniela Gutsch**i, hinsichtlich aller 5 Antragspunkte

Referat 6/10 - Verkehrsunternehmen (Angelegenheiten der Personenbeförderung im Gelegenheits- und Linienverkehr)

Referat 6/12 - Öffentlicher Verkehr und Verkehrsplanung (Landesmobilitätskonzept; verkehrspolitische Angelegenheiten; Verkehrsträger übergreifende Planung (Verkehrsmodelle, Kosten-Nutzen-Untersuchungen, Machbarkeitsstudien) und Koordination;[...]Pilotprojekte sowie Mitarbeit in Verkehrsforschung und Entwicklung), **PR Landeshauptfrau-Stellvertreter Mag. Stefan Schnöll**, hinsichtlich Antragspunkte 2. und 4.

Abteilung 5 - Natur- und Umweltschutz, Gewerbe, Stabstelle Gewerbeangelegenheiten (personenbezogenes Veranstaltungsrecht)

Referat 5/04 - Umweltbezogenes Anlagenrecht (Veranstaltungsrecht, soweit dafür nicht eine besondere Zuständigkeit gegeben ist), **PR Landeshauptfrau-Stellvertreterin Marlene Svazek, BA**, hinsichtlich Antragspunkts 4

Referat 0/14 - Landes-Medienzentrum (Koordination und Durchführung umfassender Öffentlichkeitsarbeit für das Land Salzburg, insbesondere auch im Krisen- und Katastrophenfall), **PR Landeshauptfrau Mag. Karoline Edtstadler**, hinsichtlich Antragspunkte 3. und 5.

### ANTRAG 3: Inklusive Gesellschaften

Clara Breinlinger, Maria Schneider, Franz Foßl, Clemens Dürauer, Catharina Hartl, Theresa Hofer, Hanna Daxer, Azra Evli betreffend

#### **Inkludierung der Jugend in politische Prozesse**

Landtagsdirektion, **PR Landtagspräsidentin Dr.in Brigitta Pallauf**, hinsichtlich Antragspunkte 2. und 4.

Bildungsdirektion (§ 1 Schülervvertretungengesetz), **PR Landesrätin Mag. Daniela Gutsch**i, hinsichtlich Antragspunkts 3.

Referat 2/02 - Erwachsenenbildung und Bildungsplanung (allgemeine Bildungsangelegenheiten und bildungsbezogene Förderungen; sachlich in Betracht kommende Oberbehörde und Fachaufsicht in Angelegenheiten des Schul- und Erziehungswesens gemäß Art 14 B-VG gegenüber der Bildungsdirektion für Salzburg;[...]Einholung von Regierungsbeschlüssen in Angelegenheiten des Schul- und Erziehungswesens gemäß Art 14 B-VG), **PR Landesrätin Mag. Daniela Gutsch**i, hinsichtlich Antragspunkte 1. und 3.

Referat 4/11 - Landwirtschaftliches Schulwesen und Betriebe (Angelegenheiten des landwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulwesens), **PR Landesrat Maximilian Aigner**, hinsichtlich Antragspunkte 1. und 3.

Referat 2/06 - Jugend, Familie, Integration, Generationen (Maßnahmen zur Jugendförderung und Jugendschutz gemäß Salzburger Jugendgesetz), **PR Landeshauptfrau-Stellvertreterin Marlene Svazek, BA**, hinsichtlich Antragspunktes 2., 2. Satz

ANTRAG 6: Psychische Gesundheit und Wohlbefinden

Paul Rößlhuber, Jonas Hecht, Thomas Rummerstorfer, Elisabeth Quehenberger, Simon Panzer, Lena Öppinger betreffend

**Verantwortlichen Umgang mit Social Media fördern**

Bildungsdirektion (Art 14 Abs 1 u 14a Abs 2 B-VG), **PR Landesrätin Mag. Daniela Gutsch**i, hinsichtlich Antragspunkte 1., 3. Und 4.

Referat 4/11 - Landwirtschaftliches Schulwesen und Betriebe (Angelegenheiten des landwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulwesens), **PR Landesrat Maximilian Aigner**, hinsichtlich Antragspunkte 1., 3. und 4.

Referat 2/06 - Jugend, Familie, Integration, Generationen (ideelle und materielle Familienförderungen mit Ausnahme der bildungsbezogenen Familienangelegenheiten (Schulveranstaltungsförderungen)), **PR Landeshauptfrau-Stellvertreterin Marlene Svazek, BA**, hinsichtlich Antragspunkts 2.

Referat 2/02 - Erwachsenenbildung und Bildungsplanung (Angelegenheiten des Bereichs lebensbegleitendes Lernen, insbesondere der Erwachsenenbildung), **PR Landesrätin Mag. Daniela Gutsch**i, hinsichtlich Antragspunkts 2.

ANTRAG 8: Die EU mit der Jugend zusammenbringen

Noah Floredo, Clemens Hager betreffend

**Bildungs- und Förderprogramme innerhalb der Schule**

Bildungsdirektion (Art 14 Abs 1 u 14a Abs 2 B-VG), **PR Landesrätin Mag. Daniela Gutsch**i, hinsichtlich aller Antragspunkte

Referat 4/11 - Landwirtschaftliches Schulwesen und Betriebe (Angelegenheiten des landwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulwesens), **PR Landesrat Maximilian Aigner**, hinsichtlich aller Antragspunkte

Fachgruppe 0/1 - Präsidium, Stabsstelle EU-Bürgerservice EuropeDirect und Chinabüro (Umsetzung der Landesinitiative Europa in Salzburgs Schulen)

Referat 0/13 - Landes-Europabüro Salzburg/ Verbindungsbüro zur EU in Brüssel (Bereitstellung von Informationen zu Initiativen, Netzwerken, Strategien und Förderprogrammen auf Bundes-, EU- und internationaler Ebene; Koordination der Europainformation des Landes)

Referat 0/14 - Landes-Medienzentrum (Koordination und Durchführung umfassender Öffentlichkeitsarbeit für das Land Salzburg, insbesondere auch im Krisen- und Katastrophenfall), **PR Landeshauptfrau Mag. Karoline Edtstadler**, hinsichtlich Antragspunkts 1.



Dringlichkeitsreihungen; Pilotprojekte sowie Mitarbeit in Verkehrsforschung und Entwicklung; übergeordnete und länderübergreifende Planung; Mitwirkung an regionalen und örtlichen Verkehrskonzepten), **PR Landeshauptfrau-Stellvertreter Mag. Stefan Schnöll**, hinsichtlich der Antragspunkte 1., 2. und 3.

Referat 10/04 - Raumplanung (fachliche Angelegenheiten der örtlichen Raumplanung betreffend die räumlichen Entwicklungskonzepte, die Flächenwidmungsplanung, die Bebauungsplanung, die Einzelbewilligungen der Stadt Salzburg), **PR Landesrat Mag. (FH) Martin Zauner, MA**, hinsichtlich Antragspunkts 4.

# Stellungnahme des Landesjugendbeirates Salzburg

zu den Beschlüssen des Jugendlandtages 2025

Ergebnisse der Arbeitsgruppensitzung des  
Landesjugendbeirates am 02.03.2026

## Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	1
Antrag 1 Gleichberechtigung aller Geschlechter .....	2
„Sicherheit für Frauen und Mädchen beim Nachhausekommen“ .....	2
<i>Stellungnahme des Landesjugendbeirates</i> .....	2
Antrag 3 Inklusive Gesellschaften .....	4
„Inkludierung der Jugend in politische Prozesse“ .....	4
<i>Stellungnahme des Landesjugendbeirates</i> .....	4
Antrag 6 Psychische Gesundheit und Wohlbefinden.....	6
„Verantwortlichen Umgang mit Social Media fördern“ .....	6
<i>Stellungnahme des Landesjugendbeirates</i> .....	6
Antrag 8 Die EU mit der Jugend zusammenbringen .....	8
„Bildungs- und Förderungsprogramme innerhalb der Schule“ .....	8
<i>Stellungnahme des Landesjugendbeirates</i> .....	8
Antrag 9 Nachhaltiges, grünes Europa .....	10
„Landwirtschaft – Verkehr - Abfall“ .....	10
<i>Stellungnahme des Landesjugendbeirates</i> .....	10
Antrag 10 Nachhaltiges, grünes Europa .....	12
„Verkehr und Tourismus“ .....	12
<i>Stellungnahme des Landesjugendbeirates</i> .....	12
Quellenverzeichnis.....	14

## Einleitung

Der Landesjugendbeirat ist auch 2026 aufgerufen, die Beschlüsse des Jugendlandtages 2025 zu diskutieren und eine Stellungnahme zu verfassen. Um dieser Aufgabe bestmöglich nachzukommen, bildeten Mitglieder und Gäste des Landesjugendbeirates eine Arbeitsgruppe, in der intensiv die Ideen und dahinterliegenden Problemlagen der Teilnehmenden diskutiert wurden.

Der Jugendlandtag ist ein wichtiges demokratiepädagogisches Werkzeug, welches das Prinzip der Selbstwirksamkeit, das Gefühl etwas verändern und bewirken zu können, stärkt. In Folge soll bei den Teilnehmenden politisches Interesse und im besten Fall auch politisches Engagement geweckt werden.

Die große thematische Bandbreite der von den Teilnehmenden des Jugendlandtages eingebrachten Anliegen zeigt auch in diesem Jahr das ausgeprägte Engagement sowie die reflektierte Wahrnehmung ihrer Lebensrealitäten und ihres gesellschaftlichen Umfelds. Betrachtet man die Themenstellungen der letzten Jahre, zeigt sich, dass der Bereich Verkehr, mit einer Unterbrechung durch die Auswirkungen der Pandemie, wieder in den Beschlüssen abgebildet wurde.

Die Mitglieder des Beirates nehmen im Mobilitätsbereich viele positive Entwicklungen wahr, dennoch sehen die jugendlichen Teilnehmenden weiterhin Verbesserungspotential, etwa durch den Ausbau der Radinfrastruktur.

In den vergangenen Jugendlandtagen wurde das Thema „Psychische Gesundheit“ dringlich und mitunter emotional behandelt. Auch der Jugendlandtag 2025 ruft durch den Antrag zu „Verantwortlicher Umgang mit Social Media fördern“ dazu auf, strukturelle Rahmenbedingung für eine gesundes, stabiles und entwicklungsförderliches Aufwachsen junger Menschen zu schaffen.

Der Beirat appelliert an die Landesregierung, den jungen Stimmen zuzuhören und ihre Ideen aufzugreifen. Demokratische Prozesse und institutionelle Abläufe erfordern für eine sorgfältige und rechtskonforme Behandlung Zeit. Gleichzeitig brauchen die teilnehmenden Jugendlichen zeitnahe Rückmeldungen und nachvollziehbare Zwischenschritte, um ihre Motivation zur politischen Beteiligung aufrechtzuerhalten. Nur wenn Wirkung erkennbar wird, kann das Prinzip der Selbstwirksamkeit tatsächlich erfahrbar werden.

Gerne stehen die Mitglieder des Beirates zur Verfügung, um Partizipationserfahrungen für die Jugendlichen gemeinsam zu gestalten, und fest im politischen Diskurs zu verankern. Aus diesem Grund möchten wir hier ausdrücklich das Angebot machen, für weitere Gespräche offen zu sein und freuen uns über eine Einladung von Seiten der politischen Entscheidungsträgerinnen und -Träger.

Die folgenden Stellungnahmen sind Ergebnis einer Arbeitsgruppe des Landesjugendbeirates, zu der alle Mitglieder und Gäste des Beirates eingeladen wurden. Alle Mitglieder wurden vor und nach der ARGE eingebunden und hatten Möglichkeiten sich einzubringen.

## **Antrag 1 Gleichberechtigung aller Geschlechter**

### **„Sicherheit für Frauen und Mädchen beim Nachhausekommen“**

Der Jugendlandtag fordert die Salzburger Landesregierung auf, ein landesweites Heimwegtelefon für Frauen und Mädchen einzurichten, das in den Abend- und Nachtstunden niederschwellig erreichbar ist, telefonische Begleitung am Heimweg bietet und im Ernstfall unverzüglich den Notruf auslöst. Als fachliches Referenzmodell soll Niederösterreich dienen.

Weiters fordert der Jugendlandtag, in bestehenden Taxisystemen verbindlich die Option von Frauentaxis durch Fahrerinnen einzugliedern und insbesondere bei Veranstaltungen ein ausreichendes Kontingent sicherzustellen, gegebenenfalls durch Förderung oder entsprechende Vorgaben.

Zudem verlangt der Jugendlandtag eine breit angelegte Bewerbung dieser Angebote im öffentlichen Raum, online sowie an Schulen.

Ergänzend wird eine gezielte Sensibilisierung von Männern zur Erkennung und Intervention bei sexueller Belästigung eingefordert.

### **Stellungnahme des Landesjugendbeirates**

Der Antrag steht im Kontext des Youth Goal „Gleichberechtigung aller Geschlechter“ und zielt auf konkrete Maßnahmen zur Erhöhung subjektiver und objektiver Sicherheit im öffentlichen Raum ab. Sicherheit ist keine Frage individueller Vorsicht, sondern struktureller Rahmenbedingungen und gesellschaftlicher Verantwortung.

Der Landesjugendbeirat unterstützt die Forderung der Einführung eines landesweiten Heimwegtelefons. Ein solches Angebot ist niederschwellig und stärkt das Sicherheitsgefühl unmittelbar. Es stellt eine pragmatische Maßnahme dar, die allen Personen zugutekommt, die sich auf dem Heimweg unsicher fühlen. Voraussetzung ist jedoch eine professionelle Umsetzung, eine klare Kommunikation sowie eine Anbindung an Polizei und bestehende Notfall- und Unterstützungsstrukturen. In anderen Bundesländern, etwa in Niederösterreich, sowie in benachbarten Regionen bestehen bereits etablierte Heimwegtelefon-Angebote, die als Orientierung für die Umsetzung dienen können.<sup>1</sup>

Auch Maßnahmen im Bereich sogenannter Frauentaxis werden grundsätzlich positiv bewertet. Dabei sollte der Fokus nicht ausschließlich auf der Ausweitung des Angebots liegen, sondern ebenso auf qualitativen Aspekten. Neben einer möglichen Erhöhung des Frauenanteils im Taxigewerbe sind verpflichtende Schulungen und

---

<sup>1</sup> Vgl.: <https://notrufnoe.com/heimwegtelefon/>; Oder <https://kaernten.orf.at/stories/3248429/> oder <https://www.wiener-neustadt.at/index.php/de/stadt/aktuelles-detail/heimweg-telefon>

Sensibilisierungsmaßnahmen für alle Lenkerinnen und Lenker wesentlich, insbesondere im Hinblick auf den professionellen Umgang mit potenziellen Bedrohungssituationen und Fremdwahrnehmung. Taxigutscheine können ein zielgerichtetes Instrument sein, um die Nutzung sicherer Angebote zu fördern. Entscheidend ist zudem eine aktive Bewerbung bestehender Angebote, da deren Wirkung wesentlich von ihrer Bekanntheit abhängt. Der Landesjugendbeirat und seine Mitglieder erklären sich gerne bereit, geeignete Informations- und Werbematerialien in ihren Wirkungsbereichen zu verbreiten.

Weiters ist Sicherheit im öffentlichen Verkehr ausdrücklich mitzudenken. Bus- und Zugverkehr sind zentrale Mobilitätsräume für Jugendliche. Gut platzierte, niederschwellige Hinweise wie die klare Botschaft „Fühlst du dich unwohl, wende dich an das Fahrpersonal“ können Handlungssicherheit erhöhen.<sup>2</sup>

Ebenso wichtig ist die Stärkung von Zivilcourage. Wenn beobachtende Personen lernen, Situationen aktiv und deeskalierend zu unterbrechen, etwa durch direktes Ansprechen der betroffenen Person oder durch das bewusste Herstellen sozialer Präsenz, entsteht Schutz durch Öffentlichkeit. Initiativen wie die des Hamburger Verkehrsverbundes<sup>3</sup> oder die No-Go-Kampagne der Landjugend Oberösterreich zeigen, dass praxisnahe Leitlinien und konkrete Handlungstipps wirksam vermittelt werden können und als Modell auch für den ÖPNV dienen können.<sup>4</sup>

Darüber hinaus braucht es eine gezielte Sensibilisierung von Burschen und Männern. Prävention darf nicht primär bei potenziell Betroffenen ansetzen, sondern muss dort ansetzen, wo Grenzverletzungen entstehen. Geschlechtergerechte Bildungsarbeit, die Rollenbilder reflektiert und Verantwortungsübernahme stärkt, ist ein zentraler Hebel.

---

<sup>2</sup> <https://www.hvv.de/de/zivilcourage>

<sup>3</sup> ebd.

<sup>4</sup> <https://ooe.landjugend.at/service/no-go-kampagne>

## Antrag 3 Inklusive Gesellschaften

### „Inkludierung der Jugend in politische Prozesse“

Der Jugendlandtag fordert die Stärkung politischer Mitbestimmung junger Menschen im Sinne einer inklusiven Gesellschaft.

Der Jugendlandtag fordert die Salzburger Landesregierung auf, verbindliche Workshops zur politischen Bildung in der 8. Schulstufe einzuführen, um demokratische Kompetenzen frühzeitig zu fördern.

Zudem fordert der Jugendlandtag den Salzburger Landtag auf, jährlich Jugendparlamente in allen Bezirken durchzuführen und diese mit einem eigenen Budget zur Projektumsetzung auszustatten.

Darüber hinaus wird die Einführung einer Direktwahl der Landesschülervertretung für alle wahlberechtigten Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II verlangt.

Ergänzend soll ein eigener Jugendlandtag für 20- bis 25-Jährige etabliert werden.

### Stellungnahme des Landesjugendbeirates

Der Antrag steht im Kontext des Youth Goal „Inklusive Gesellschaften“ und verfolgt das Ziel, politische Teilhabe junger Menschen strukturell zu stärken. Der Landesjugendbeirat teilt das Anliegen ausdrücklich. Beteiligung darf nicht symbolisch sein, sondern muss nachvollziehbar wirksam sein.

Politische Bildung ist im Lehrplan der Sekundarstufe I verankert. Demokratiebildung sollte jedoch schon früher ansetzen, idealerweise bereits in elementarpädagogischen Einrichtungen. Gelebte Partizipation im Alltag, gemeinsame Entscheidungsprozesse, das Aushandeln von Regeln sind frühe Lernerfahrungen demokratischer Praxis.<sup>5</sup>

Zusätzliche Workshops sind sinnvoll, wenn sie bestehende Inhalte vertiefen und praxisnah ausgestalten. Vorrangig ist jedoch die qualitative Stärkung bestehender Strukturen und die gezielte Unterstützung von Pädagoginnen und Pädagogen, wie im Nationalen Bildungsplan 2024 ausgeführt wird: „Die Basis dieser Konzepte der Demokratiebildung bildet nebst der fachlichen politischen Bildung die seit den 2000er-Jahren stark gewordene Diskussion um Demokratie-Lernen (...) und Demokratiepädagogik (...). Ein entscheidendes Element dieser Diskurse, die konzeptionelle Forschungsarbeiten mit einer schulpraktischen Dimension der Entwicklung, Beschreibung und Evaluation von schulischen Projekten und Lernkontexten verbunden haben, liegt darin, dass ein selbstwirksamkeitsförderliches Lernen durch Erfahrung und praktisches Handeln – im Sinne der „didaktischen Rekonstruktion des Bürgerbewusstseins“ – ebenso angestrebt wird wie die Förderung und Unterstützung der

---

<sup>5</sup> Vgl.: Birgit Hartel (et al); Elementarpädagogik in Österreich. Voraussetzungen und Wirkungen elementarer Bildung; In: Institut des Bundes für Qualitätssicherung im österreichischen Schulwesen (Hrsg.); Nationaler Bildungsbericht 2018.; 2019.

Bereitschaft von Schulen, sich auf die Etablierung einer demokratischen Kultur durch einen länger währenden Entwicklungsprozess einzulassen(...).“<sup>6</sup>

Eine verstärkte Kooperation mit außerschulischen Einrichtungen der Jugendarbeit ist dabei zentral. Demokratie wird nicht nur im Klassenzimmer gelernt, sondern in realen Erfahrungsräumen.

Neue Beteiligungsformate wie Jugendparlamente in allen Bezirken, oder auch die Ausweitung der auf die Altersgruppe der 20- bis 25-Jährigen sind begrüßenswert.

Die Altersgruppe der 20- bis 25- Jährigen verfügt häufig über erste Wahl- und Lebenserfahrungen. Themen wie Wohnen, Ausbildung oder Arbeitsmarkt können stärker aus eigener Perspektive reflektiert werden. Denkbar ist eine Erweiterung der Zielgruppe oder ein zusätzliches Beteiligungsformat. Voraussetzung ist eine klare Zieldefinition und Abgrenzung zu bestehenden Strukturen.

Beteiligung ohne erkennbare Wirkung erzeugt Frustration. Vor allem Jugendliche reagieren sensibel auf symbolische Prozesse ohne Konsequenzen. Entscheidend ist daher, Prozesse und Ergebnisse transparent zu machen und Rückmeldeschleifen zu etablieren. Beispielsweise sollten Teilnehmende darüber informiert werden, wo sich ihre Anträge im parlamentarischen Verfahren befinden, etwa in Begutachtung oder Ausschussberatung.

Demokratiebildung lebt von erfahrbarer Selbstwirksamkeit. Wenn politische Prozesse ausschließlich langfristig sichtbar werden, droht Motivationsverlust. Neben der notwendigen Geduld politischer Verfahren braucht es daher auch kurzfristige, greifbare Rückmeldungen.

Manche der Forderungen werden jährlich wiederholt eingebracht. Das weist darauf hin, dass Jugendliche wenig unmittelbare Verbesserungen in manchen Bereichen spüren.

Die Diskussion um eine Direktwahl der Landesschülervertretung wird seit Jahren geführt und ist bundesgesetzlich zu klären. Im Landesjugendbeirat besteht hierzu keine einheitliche Haltung, mehrheitlich sprechen sich die Mitglieder der ARGE jedoch für eine Direktwahl aus. Eine Direktwahl könnte die demokratische Legitimation stärken und Beteiligung breiter verankern. Gleichzeitig sind Fragen der Wahlbeteiligung, der organisatorischen Umsetzbarkeit und einer möglichen Überpolitisierung schulischer Räume zu prüfen. Demokratiepoltisch ist zu bedenken, dass politische Bildung nicht primär auf Personenwahl reduziert werden sollte, sondern stärker auf Inhalte, Programme und Verantwortung fokussieren muss.

---

<sup>6</sup> Lange, Dirk (et al); Demokratiebildung. Konzepte, Strategien und Perspektiven; In: Institut des Bundes für Qualitätssicherung im österreichischen Schulwesen (Hrsg.); Nationaler Bildungsbericht 2024 | Teil 3; S. 471

## Antrag 6 Psychische Gesundheit und Wohlbefinden

### „Verantwortlichen Umgang mit Social Media fördern“

Der Jugendlandtag fordert angesichts zunehmender Belastungen durch Social Media eine systematische Stärkung der Medienkompetenz junger Menschen. Themen wie Internetsucht, Radikalisierung in digitalen „Bubbles“ sowie die manipulative Wirkung algorithmischer Systeme erfordern strukturelle Prävention.

Der Jugendlandtag fordert die Salzburger Landesregierung auf, verpflichtende und kostenfreie Workshops zur verantwortungsvollen Nutzung sozialer Medien von der 5. bis zur 13. Schulstufe einschließlich Berufsschulen einzuführen.

Zudem sollen optionale Fortbildungen für Erziehungsberechtigte angeboten werden, um diese im Umgang mit digitalen Risiken zu stärken.

Weiters wird die Unterstützung von Projekten wie „Handyfasten“ sowie die verstärkte Aufklärung über Künstliche Intelligenz, Deepfakes und verwandte Phänomene gefordert.

### Stellungnahme des Landesjugendbeirates

Der Antrag 6 adressiert das Youth Goal „Psychische Gesundheit und Wohlbefinden“ und greift das Nutzungsverhalten von Social Media auf. Das Nutzungsverhalten von Social Media hat Einfluss auf die psychischen und physischen Entwicklungen von Jugendlichen. Ein exzessives Nutzungsverhalten kann unter anderem Schlafstörungen und Depressionen auslösen.<sup>7</sup>

Der Landesjugendbeirat unterstützt verpflichtende Workshops zum Nutzungsverhalten, zur Funktionsweise von Algorithmen und zu psychologischen Mechanismen wie Endlos-Scrollen, Bestätigungslogik und Aufmerksamkeitsökonomie ausdrücklich. Aufklärung muss früher ansetzen als problematisches Verhalten.

Die aktuelle öffentliche Debatte über ein mögliches Social Media Verbot für unter 14-Jährige zeigt, wie groß die Unsicherheit ist. Verbote allein greifen zu kurz. Ohne Kompetenzaufbau verschiebt sich das Problem. Junge Menschen brauchen Wissen, Reflexionsfähigkeit und konkrete Strategien für einen verantwortungsvollen Umgang. Andernfalls drohen nicht nur individuelle Belastungen wie Suchtverhalten oder Selbstwertprobleme, sondern auch gesellschaftliche Folgen, etwa Radikalisierung. Dass im Rahmen des neuen Nationalen Aktionsplans gegen Rechtsextremismus ausdrücklich auf die Rolle sozialer Medien verwiesen wird<sup>8</sup>, unterstreicht diese Dringlichkeit.

Auch Fortbildungsangebote für Erziehungsberechtigte sind sinnvoll. Viele Erwachsene unterschätzen die Dynamik algorithmischer Verstärkung und die Vorbildwirkung ihres eigenen Nutzungsverhaltens. Prävention funktioniert nur, wenn das Umfeld mitgedacht wird. Hier sollten Formate gewählt werden, die nicht nur bereits sensibilisierte Personen erreichen.

---

<sup>7</sup> Vgl: Grübler, Markus; Auswirkungen der Nutzung von Social-Media auf das Verhalten und Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen; Graz, 2023.

<sup>8</sup> Vgl.; <https://orf.at/stories/3421148/>

Ergänzend erscheint eine niederschwellige Informationskampagne im öffentlichen Raum sinnvoll, die sich gezielt an Erwachsene richtet und ihre Vorbildfunktion betont. Medienerziehung ist keine rein schulische Aufgabe, sondern Teil elterlicher Verantwortung. Nur wenn Bezugspersonen informiert, handlungssicher und präsent sind, können präventive Maßnahmen nachhaltig wirken.

Bestehende Angebote müssen finanziell abgesichert und ausgebaut sein. Die Stärkung und der Ausbau der Abteilung Medien und Gesellschaft von akzente Salzburg wird in diesem Zusammenhang ausdrücklich begrüßt. Nachhaltige Medienbildung braucht stabile Strukturen, qualifiziertes Personal und langfristige Finanzierung.

## Antrag 8 Die EU mit der Jugend zusammenbringen

### „Bildungs- und Förderungsprogramme innerhalb der Schule“

Der Jugendlandtag fordert eine stärkere Verankerung europapolitischer Bildung im Schulalltag. EU-Themen würden derzeit zu wenig behandelt, vielfach aufgrund fehlender Fachkenntnisse oder Unsicherheiten seitens der Lehrkräfte.

Der Jugendlandtag fordert die Salzburger Landesregierung auf, eine zentrale, leicht zugängliche Plattform einzurichten, auf der EU-Expertinnen und -Experten für Schulvorträge gebündelt und unkompliziert buchbar sind.

Zudem soll in Fortbildungen und Konferenzen verstärkt auf die Bedeutung der EU-Bildung sowie auf bestehende Workshopangebote hingewiesen werden.

Darüber hinaus wird angeregt, im Rahmen der Projektwoche eine Brüsselwoche als Ergänzung zur Salzburg-Wien-Woche zu ermöglichen, idealerweise mit finanzieller Unterstützung durch EU-Förderprogramme.

### Stellungnahme des Landesjugendbeirates

Youth Goal „Die EU mit der Jugend zusammenbringen“ wird mit diesem Antrag angesprochen. Die Teilnehmenden greifen mittels dieses Antrags ein zentrales demokratietheoretisches Thema auf. Europäische Politik beeinflusst nationale Gesetzgebung, Förderstrukturen und Lebensrealitäten junger Menschen in hohem Ausmaß. Der Landesjugendbeirat unterstützt grundsätzlich eine Stärkung der EU-Bildung im schulischen Kontext.

Es ist festzuhalten, dass bereits zahlreiche qualitätsgesicherte Angebote bestehen, etwa Workshops, Unterrichtsmaterialien und Förderprogramme auf nationaler und europäischer Ebene. Eine zentrale, benutzerfreundliche Plattform zur Bündelung bestehender Expertinnen- und Expertenangebote kann hier sinnvoll sein, sofern sie Doppelstrukturen vermeidet und an vorhandene Initiativen andockt. Selbstverständlich sollen hierbei bestehende Angebote wie EuropeDirect Salzburg prominent eingebunden sein.

Auch die verstärkte Thematisierung europäischer Inhalte in der Lehrerfortbildung ist fachlich begründet. Studien zur politischen Bildung zeigen, dass Unterrichtsqualität maßgeblich von subjektiver Sicherheit und inhaltlicher Kompetenz der Lehrkräfte abhängt. Fortbildung erhöht nachweislich die Bereitschaft, komplexe politische Themen im Unterricht zu behandeln.<sup>9</sup> Aus diesem Grund ist ebenso eine Hervorhebung der politischen Bildung in der Ausbildung der Lehrenden sinnvoll.

---

<sup>9</sup> Vgl.: Feyerer Jakob; Einstellung und Motivation im Politik-Unterricht. Grundlagen und Studienergebnisse; Wien, Edition polis; 2021

Vgl: Karousiou C, Vrikki M and Evagorou M (2025) Teachers' perceptions on introducing sensitive and controversial issues in the classroom. Front. Educ. 10:1481173. doi: 10.3389/educ.2025.1481173

Die Idee einer Brüsselwoche im Rahmen bestehender Projektformate ist pädagogisch wertvoll, da direkte Erfahrung politische Lernprozesse vertieft. Voraussetzung ist jedoch eine sozial ausgewogene Finanzierung, wie von den Jugendlandtagsteilnehmenden vorgeschlagen, um Exklusionseffekte zu vermeiden.

## Antrag 9 Nachhaltiges, grünes Europa

### „Landwirtschaft – Verkehr – Abfall“

Der Jugendlandtag fordert zur Stärkung eines nachhaltigen, regionalen Wirtschaftskreislaufs gezielte Maßnahmen in Landwirtschaft, Verkehr und Abfallvermeidung. Angesichts hoher Importquoten und damit verbundener Emissionen soll die heimische Landwirtschaft systematisch gefördert werden.

Der Jugendlandtag fordert die Unterstützung von Dorf- und Hofläden sowie FoodCoops, die Ausweitung regionaler Märkte und eine Senkung von Standgebühren in Kooperation mit Gemeinden.

Zudem wird ein Förderkatalog für nachhaltige, biologische Produktion verlangt sowie Anreize für Konsumentinnen und Konsumenten, regionale Produkte zu bevorzugen.

Nahezu abgelaufene Lebensmittel sollen verstärkt sozialen Initiativen zugeführt werden. Ergänzend werden eine „Landkarte der Nachhaltigkeit“ sowie Regionaltage an Schulen gefordert.

### Stellungnahme des Landesjugendbeirates

Der Antrag befindet sich im thematischen Feld des Youth Goals „Nachhaltiges Grünes Europa“. Er verbindet Landwirtschaft, Konsumverhalten und Klimapolitik in sinnvoller Weise. Regionale Wertschöpfungsketten können Transportemissionen reduzieren, Transparenz erhöhen und Resilienz stärken. Studien zur nachhaltigen Ernährung zeigen, dass insbesondere kurze Lieferketten und eine stärkere Orientierung an saisonaler Produktion positive Effekte auf CO<sub>2</sub>-Bilanz und Abfallaufkommen haben können, sofern Produktionsstandards entsprechend hoch sind.<sup>10</sup>

Die Förderung von Dorf- und Hofläden, FoodCoops und regionalen Märkten ist essentiell. Bestehende Initiativen sollten konsequenter sichtbar gemacht werden. Formate wie „Salzburg schmeckt“<sup>11</sup> mit Magazin, Website und digitaler Landkarte der Direktvermarkter<sup>12</sup> bieten eine tragfähige Struktur, die stärker beworben und in Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit eingebunden werden kann. Diese Einkaufsmöglichkeiten erfüllen zugleich eine wichtige soziale Funktion in den Gemeinschaften.

Ein Förderkatalog für nachhaltige Produktion kann Anreize setzen, darf jedoch nicht zu bürokratischer Überforderung kleiner Betriebe führen. Parallel dazu sind Konsumentenreize sinnvoll, da Preis, Bequemlichkeit und Verfügbarkeit zentrale Faktoren für Kaufentscheidungen darstellen.

---

<sup>10</sup> Vgl.: Stefano Cucurachi, et al.; Life Cycle Assessment of Food Systems; In: One Earth; Volume 1, Issue 3; 2019; S. 292-297

<sup>11</sup> Vgl.: <https://www.salzburgschmeckt.at>

<sup>12</sup> Vgl.: <https://www.salzburgschmeckt.at/marktplatz/maerkte>

Die systematische Weitergabe nahezu abgelaufener Lebensmittel an soziale Initiativen entspricht den Zielen der Abfallhierarchie der EU<sup>13</sup> und ist aus ökologischer wie sozialer Perspektive klar zu unterstützen.

Auch im Bildungsbereich liegt hier erhebliches Potenzial. Programme wie „Schule am Bauernhof“ vermitteln Wissen über Produktionsbedingungen und erhöhen die Wertschätzung von Lebensmitteln<sup>14</sup>. Regionaltage an Schulen können Kinder und Jugendliche gezielt mit bestimmten Lebensmitteln, deren Herkunft und Verarbeitung in Kontakt bringen und so Zugangsbarrieren abbauen. Denn nicht allen Kindern und Jugendlichen ist der Zugang zu regionalen und biologisch angebauten Lebensmitteln möglich. Wenn Jugendliche selbst diese Themen einbringen, ist das als Signal zu verstehen, dass Ernährung, Nachhaltigkeit und regionale Identität für sie relevant sind. Auch das Schulbuffet spielt eine zentrale Rolle. Derzeit bestehen deutliche Unterschiede zwischen Standorten, etwa je nachdem, ob regionale Bäckereien eingebunden sind oder nicht. Eine gezielte Förderung regionaler Produkte bei Schulbuffets könnte hier Standards anheben und regionale Wertschöpfung konkret im Alltag verankern.

---

<sup>13</sup> Vgl.: <https://eur-lex.europa.eu/DE/legal-content/glossary/waste-hierarchy.html>

<sup>14</sup> Vgl.: <https://www.schuleambauernhof.at>

## Antrag 10 Nachhaltiges, grünes Europa

### „Verkehr und Tourismus“

Der Jugendlandtag fordert angesichts der verkehrsbedingten Belastungen durch den intensiven Tourismus eine nachhaltige Neuausrichtung der Mobilitätspolitik im Bundesland.

Der Jugendlandtag fordert die Salzburger Landesregierung auf, den öffentlichen Verkehr regional wie überregional auszubauen, Taktungen und Routen lebensnäher zu gestalten, Nachtverbindungen zu stärken und durch Busspuren auch auf Landstraßen zuverlässiger zu machen.

Zudem sollen Gemeinden zur Einrichtung autofreier Ortskerne angeregt werden, um Lebensqualität und touristische Attraktivität gleichermaßen zu erhöhen.

Darüber hinaus fordert der Jugendlandtag den konsequenten Ausbau von Radwegen und Radverleihsystemen zur Emissionsreduktion.

Ergänzend wird eine gesetzliche Verpflichtung zum Ausgleich von Flächenversiegelung verlangt, gegebenenfalls auch außerhalb des unmittelbaren Bauortes.

### Stellungnahme des Landesjugendbeirates

Das Youth Goal „Nachhaltiges, grünes Europa“ wird mit folgendem Antrag adressiert. Mit dem Fokus auf nachhaltige Mobilität wird ein zentrales Zukunftsthema aufgegriffen. Verkehrspolitik ist Klima-, Sozial- und Standortpolitik zugleich. Sie entscheidet über Teilhabechancen, Lebensqualität und Flächennutzung.

In den vergangenen Jahren wurden sichtbare Verbesserungen im Öffinetz erreicht. Taktungen wurden verdichtet, einzelne Verbindungen optimiert. Dennoch bleibt ein Verbesserungspotential, insbesondere im ländlichen Raum, zurück. Solange Anschlüsse nicht verlässlich greifen, Abend- und Nachtverbindungen fehlen oder Intervalle zu groß sind, bleibt das Auto für Viele alternativlos.

Erforderlich ist daher ein konsequent besser getaktetes Netz mit höherer Angebotsdichte und abgestimmten Anschlusszeiten.

Darüber hinaus spricht sich der Landesjugendbeirat für ein kostenloses Öffi-Ticket für Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren aus. Ein solches Modell würde Chancengerechtigkeit stärken, Familien entlasten und frühzeitig eine selbstverständliche Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel fördern. Es geht nicht nur um finanzielle Entlastung, sondern um Mobilitätssozialisation. Wer früh regelmäßig öffentliche Verkehrsmittel nutzt, entwickelt langfristig andere Routinen. Internationale Beispiele, etwa in Luxemburg<sup>15</sup>, zeigen, dass entsprechende Modelle umsetzbar sind. Auch für die außerschulische Jugendarbeit würde ein solches Ticket erhebliche organisatorische Erleichterungen bringen, da die derzeitige Beschaffung gruppenspezifischer Tickets zeit- und ressourcenintensiv ist.

---

<sup>15</sup> <https://www.luxembourg-city.com/de/planen-sie-ihren-aufenthalt/reiseinformationen/oeffentliche-verkehrsmittel#:~:text=Seit%20dem%201.%20März%202020%20ist%20der,gilt%20für%20Einwohner%20C%20Grenzgänger%20und%20Touristen%20gleichwohl.>

Der konsequente Ausbau sicherer, durchgängiger Radwege ist aus Klima- und Gesundheitsgründen essenziell. Notwendig sind regionale Gesamtkonzepte mit klarer Linienführung, sicherer Querungsinfrastruktur, gut sichtbarer Markierung und verständlicher Beschilderung. Bodenmarkierungen, Farbkodierungen sowie regelmäßige Richtungsangaben erhöhen die Nutzbarkeit erheblich.

Ergänzend sind sichere Abstellanlagen sowie eine sinnvolle Verknüpfung mit dem öffentlichen Verkehr erforderlich. Auch der Ausbau von Radleihsystemen kann insbesondere für Jugendliche und Gelegenheitsnutzerinnen und -nutzer, sowie auch für Touristinnen und Touristen eine niederschwellige Ergänzung darstellen.

Verkehrsberuhigte oder autofreie Ortskerne können die Aufenthaltsqualität deutlich steigern, nicht nur in größeren Städten, sondern auch in kleineren Gemeinden. Sie wirken dem Ortskernsterben entgegen und stärken lokale Wirtschaftskreisläufe.

Für Jugendliche sind solche Räume besonders relevant. Ortszentren sollten konsumfreie Treffpunkte bieten, Plätze, an denen man sich gerne aufhält, ohne Kaufzwang. Verkehrsberuhigung ist daher nicht nur eine verkehrstechnische, sondern auch eine sozialpolitische Maßnahme. Entscheidend ist jedoch eine begleitende Verkehrslenkung, da sich sonst Probleme lediglich verlagern.

Ein verbindlicher Ausgleichsmechanismus für Flächenversiegelung wird im Landesjugendbeirat mehrheitlich unterstützt, wenngleich hierzu unterschiedliche Einschätzungen bestehen. Ein solcher Mechanismus muss klar definiert, kontrollierbar und ökologisch wirksam sein. Reine Kompensationsmodelle dürfen nicht als Legitimation für zusätzliche Bodeninanspruchnahme dienen.

Darüber hinaus sollten bauliche Konzepte stärker auf Mehrfachnutzung setzen, etwa durch die Kombination von Gewerbeflächen mit Wohnraum, beispielsweise Wohnungen über Supermärkten. Verdichtung an geeigneten Standorten kann zusätzlichen Flächenverbrauch reduzieren.

Auch im Bereich der Oberflächengestaltung besteht Verbesserungsbedarf. Halbversiegelte Lösungen wie Rasengittersteine oder perforierte Pflasterungen beeinträchtigen die Speicher- und Versickerungsfunktion des Bodens oft stärker als angenommen. Hier sind qualitativ hochwertige, tatsächlich wasserdurchlässige Systeme zu bevorzugen, insbesondere bei Parkflächen. Bodenschutz ist Klimaanpassung.<sup>16</sup>

---

<sup>16</sup> Vgl.: Deutscher Asphaltverband (DAV) e.V. (Hrsg.); Asphalt im kommunalen Straßenbau; 2019;

## Quellenverzeichnis

### Literatur:

akzente Salzburg – Initiativen für junge Leute (Hrsg.); Antragsmappe Salzburger Jugendlandtag 2024; Salzburg, 2024.

akzente Salzburg – Initiativen für junge Leute (Hrsg.); Beschlüsse Salzburger Jugendlandtag 2023; Salzburg, 2023.

akzente Salzburg (Hrsg.); Salzburger Jugendreport 2023, Auswertung & Ergebnisse <https://jugend.akzente.net/jugendreport/>; (zuletzt aufgerufen am 24.03.2025)

Cucurachi, Stefano; Scherer, Laura; Guinée, Jeroen; Tukker, Arnold; Life Cycle Assessment of Food Systems; In: One Earth; Volume 1, Issue 3; 2019; S. 292-297.

Deutscher Asphaltverband (DAV) e.V. (Hrsg.); Asphalt im kommunalen Straßenbau. Der Leitfaden für Planung, Bau und Erhaltung kommunaler Straßen und Flächen aus Asphalt.; Bonn; 2019.

Feyerer, Jakob; Einstellung und Motivation im Politik-Unterricht. Grundlagen und Studienergebnisse; Wien, Edition polis; 2021.

Grübler, Markus; Auswirkungen der Nutzung von Social-Media auf das Verhalten und Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen; Graz, 2023.

Hartel, Birgit; Hollerer, Luise; Smidt, Wilfried; Walter-Laager Catharine; Stoll, Martina; Elementarpädagogik in Österreich. Voraussetzungen und Wirkungen elementarer Bildung; In: Institut des Bundes für Qualitätssicherung im österreichischen Schulwesen (Hrsg.); Nationaler Bildungsbericht 2018.; Wien; 2019.

Karousiou, C; Vrikki, M; Evagorou, M; Teachers' perceptions on introducing sensitive and controversial issues in the classroom. Front. Educ. 10; 2025.

Lange, Dirk; Kierot, Lara; Breser, Britta; Beutel, Wolfgang; Demokratiebildung. Konzepte, Strategien und Perspektiven; In: Institut des Bundes für Qualitätssicherung im österreichischen Schulwesen (Hrsg.); Nationaler Bildungsbericht 2024 | Teil 3; Wien; 2024.

### **Online-Quellen und Websites:**

Europäische Kommission; Regionalpolitik und Stadtentwicklung;  
<https://www.schuleambauernhof.at> (zuletzt abgerufen am, 5.3.2026)

EUR-LES; Abfallhierarchie der EU;  
<https://eur-lex.europa.eu/DE/legal-content/glossary/waste-hierarchy.html> (zuletzt abgerufen am, 5.3.2026)

hvv Hamburger Verkehrsverbund Gesellschaft mbH; Kampagne zur Stärkung von Zivilcourage des HVV  
<https://www.hvv.de/de/zivilcourage> (zuletzt abgerufen am, 5.3.2026)

Landjugend Oberösterreich: NO GO Kampagne. Wir erteilen sexueller Gewalt eine klare Absage!;  
<https://ooe.landjugend.at/service/no-go-kampagne> (zuletzt abgerufen am, 5.3.2026)

Notruf NÖ GmbH; Heimwegtelefon;  
<https://notrufnoe.com/heimwegtelefon/> (zuletzt abgerufen am, 5.3.2026)

ORF; Aktionsplan gegen Rechtsextremismus wird ausgearbeitet;  
<https://orf.at/stories/3421148/> (zuletzt abgerufen am, 5.3.2026)

ORF Kärnten; Heimwegtelefon gegen die Angst allein;  
<https://kaernten.orf.at/stories/3248429/> (zuletzt abgerufen am, 5.3.2026)

Salzburger Agrar Marketing;  
<https://www.salzburgschmeckt.at> (zuletzt abgerufen am, 5.3.2026)

Wiener Neustadt; Sicher nach Hause mit dem Heimwegtelefon. So funktioniert's.  
<https://www.wiener-neustadt.at/index.php/de/stadt/aktuelles-detail/heimweg-telefon> (zuletzt abgerufen am, 5.3.2026)